Attac-Rundbrief 1/04

März 2004 + + + 256 Attac-Gruppen + + + 14.001 Mitglieder

Europa
in Bewegung

genug für alle!

Europaweite Aktionstage gegen Sozialabbau

Großdemos am 3.4 in Berlin, Köln und Stuttgart

Sammelt Unterschriften gegen den Sozialkahlschlag!

EUropa
am Boden

Privatisierung

Verfassungkrise

Militarisierung

* Kampagnen: Auf Tour gegen GENtomaten * Gegen Biopiraterie und Patente
Debatte: Die Zukunft der Sozialforen * Rückblick: Aufstand an den Universitäten *

Editorial

Liebe Attac-Mitglieder, liebe Attac-Interessierte,

bereits im letzten Rundbrief haben wir ausführlich über die Agenda 2010 und den massivsten Sozialabbau in der Geschichte der Bundesrepublik berichtet. Inzwischen ist die Agenda verabschiedet, sind erste Schritte der Gesundheitsreform umgesetzt und die Konsequenzen für alle deutlich spürbar. Die Demonstration gegen die Agenda 2010 am 1. November in Berlin war mit der überwältigenden Zahl von rund 100.000 Menschen ein großer Erfolg. Daran knüpft Attac auch in 2004 an: mit der Mobilisierung und Teilnahme an den europaweiten Aktionstagen gegen Sozialabbau am 2. und 3. April. Kommt zahlreich zu den Großdemonstrationen in Berlin, Köln und Stuttgart, beteiligt Euch an der Unterschriftenkampagne gegen Sozialkahlschlag, sammelt Stimmen gegen die weitere Demontage unserer Sozialsysteme. **In und mit diesem Rundbrief rufen wir dazu auf, Euch mit Unterschriften (Seite 5) und vielen anderen Aktionen gegen den neoliberalen Kurs zu stellen.** Weiteres Aktionsmaterial zum 2./3.4. könnt Ihr mit den Coupons auf der Rückseite des Rundbriefs bestellen.

Die deutsche Politik findet nicht im luftleeren Raum, sondern in europaweiten und globalen Zusammenhängen statt. Neben Sozialabbau und weltweit stattfindenden Privatisierungen öffentlicher Güter gehört die Europäische Union als Querschnittsthema zu den zentralen Themen, die Attac auf dem letzten Ratschlag in Aachen im Oktober 2003 für das Jahr 2004 auf die Agenda gesetzt hat. Dem trägt dieser Rundbrief Rechnung und enthält eine Reihe von Attac-relevanten Artikeln rund um die EU.

Foto: Jakob

Rund 100.000 Menschen gingen am 1.11 in Berlin gegen die Agenda 2010 auf die Straße.

Natürlich berichten wir aber auch über viele andere wichtige Attac-Themen wie die spektakuläre Gentomatentour, über Biopiraterie und zentrale Attac-Veranstaltungen der nächsten Monate.

Das letzte Weltsozialforum in Mumbai liegt gerade hinter uns, ein Sozialforum in Deutschland ist gerade in Planung. Zwei Debattenbeiträge setzen sich mit der Idee und dem Inhalt der Sozialforenbewegung auseinander.

Lassen wir uns nicht unterkriegen, bringen wir kreativen Protest und Alternativen gegen die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Gestaltung der Welt deutlich zum Ausdruck.

In diesem Sinne wünschen wir allen viel Spaß beim Lesen des Rundbriefs, beim Unterschriftensammeln, bei den Demos am 3.4. und vielen weiteren Aktivitäten.

Gabriele Rohmann

Inhalt

Europaweite Aktionstage gegen Sozialkahlschlag	3	Debatte: Sozialforenbewegung	16
Kampagnenvorstellung „Genug für alle“	4	Attac-Gruppen: Aktionsnetz, Aktionskonferenz	18
Unterschriftenliste gegen Sozialkahlschlag	5	Kommentar: Basis ausweiten	19
Hintergründe: Europäische Integration	6	Neu gewählt: Attac-Rat und Kokreis	20
Parallelen: Vorreiter Chile	8	Die Mailinglisten von Attac	21
Europäische Privatisierungswut	9	Studierendenproteste: Zum Beispiel Berlin	22
Europäische Militarstrategie	10	Rückblende: globale03	24
Die Verfassung der EU	11	Attac-Projekt „Alternative Weltwirtschaftsordnung	25
Europa und die Steuern	12	Sommerakademie in Dresden	26
„EU von unten“: Open-Space-Konferenz	13	Theaterfestival in Halle	26
GENtomatentour	14	Attac-Bücher, Bestellcoupons	27
Streit um Biopatente	15	Impressum	27
		Termine, Bestellcoupons	28

In eigener Sache

Liebe Freundinnen und Freunde,

ab und zu bekommen wir die Rückmeldung, dass einigen LeserInnen der Rundbrief auch in elektronischer Form genügen würde. Da im Attac-Haushalt für 2004 die Ausgaben für den Rundbrief ohnehin drastisch gekürzt werden mussten – die meisten werden sich an die Notwendigkeit eines Sparhaushalts erinnern –, möchten wir an dieser Stelle wissen: Wer kann auf den Rundbrief in gedruckter Form verzichten, wem reicht die elektronische Ausgabe? Auf der Internetseite http://www.attac.de/rundbrief/ sind stets alle Ausgaben des Rundbriefs abrufbar. Wer seine E-mail-Adresse angibt, erhält automatisch eine Benachrichtigung, wenn der neue Rundbrief im Netz ist – und keine gedruckte Ausgabe mehr.

Foto: Karsten Hennig

Europaweite Aktionstage gegen Sozialkahlschlag

Seit gut zwanzig Jahren beschleunigt sich weltweit ein Prozess, der nahezu alle Tätigkeiten der Menschen und die natürlichen Ressourcen der Erde allein unter marktorientierten Gesichtspunkten bewertet. Dies hat zu gigantischem Reichtum und extremer Ausbeutung geführt – das sind die zwei Seiten derselben Medaille. Der zunehmende Sozialabbau in Deutschland und anderswo ist die zwangsläufige Folge dieser Dynamik.

Im Zuge der Globalisierung werden nationale Grenzen und Schutzgesetze für den Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr weitgehend außer Kraft gesetzt. Im direkten Konkurrenzkampf stellen sich die Unternehmen unter gnadenlosen Druck ihre Profite zu steigern. Das kann nur gelingen wenn massiv Kosten gesenkt werden – in Form von Maschineneinsatz, Lohndumping und Massenentlassungen. Wachsende Erwerbslosigkeit und Lohnsenkungen führen aber direkt zum Abbau lohnfinanzierter Sozialsysteme.

Steuergeschenke an Unternehmen und Reiche sowie Steuerflucht sind ebenfalls Kostensenkungsmaßnahmen. Der Standort Deutschland – so heißt es – müsse um jeden Preis erhalten werden. Die Folge sind hochverschuldete Städte und Kommunen, die ihre Dienstleistungen herunterschrauben – zu Lasten aller, vor allem der sozial Schwachen. Zudem fordert neuer Profit neue Märkte – gerade die Privatisierung der noch öffentlichen Sozial- und Bildungssysteme verspricht Milliardengewinne.

Die neoliberale Politik ist international. Den verschuldeten Ländern des Südens wird sie seit Jahren unter der Parole der Strukturanpassung aufgezwungen. Angeblich sollensich Wohlstand und Sicherheit ausbreiten. Was sich aber ausbreitet, sind die Lebensumstände der so genannten dritten Welt. Die Menschen in den arm gemachten Ländern können uns ein Lied singen von der Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, von der Zerstörung lokaler Märkte und Infrastrukturen, von der Auflösung kultureller Vielfalt und von der Übernahme des Wettbewerbsdenkens in alle, auch zwischenmenschliche Bereiche – ein zorniges Lied von der immer größer werdenden Kluft zu einer kleinen, reichen Oberschicht.

Agenda 2010, Gesundheitsreform, Elite-Universitäten und der Ausverkauf der öffentlichen Daseinsvorsorge sind nichts weiter als Strukturanpassungsprogramme auf deutsch. Durchgeboxt von der rot-schwarz-grün-gelben Neoliberalen Einheitspartei Deutschlands.

Erwerbstätige werden zur Verhandlungsmasse im Konkurrenzkampf der Unternehmen. Die Umsetzung der Hartz-Gesetze höhlt das Tarifvertragsrecht aus, es zwingt die Erwerbslosen in Niedriglohn. Dadurch erhöht sich der Druck auf die Beschäftigten enorm und treibt sie ebenfalls in prekäre Arbeitsverhältnisse. Weitere VerliererInnen sind Kinder, Auszubildende, Alte, Kranke, Erwerbslose, MigrantInnen – alle diejenigen, die ihre Arbeitskraft nicht gewinnbringend zu Markte tragen können und angewiesen sind auf öffentliche Gesundheits-, Sozial- und Bildungssysteme.

Und wer fängt die Bedürftigen auf, die durch das immer großmaschigere Netz fallen? Es sind die Frauen, die weltweit die wegbrechende staatliche Fürsorge auszugleichen haben. Abgedrängt in die Rolle der kostenlosen Kinder-, Alten- und Krankenpflegerin, in die Rolle der schlecht bezahlten Hinzuverdienerin – auf Kosten ihrer eigenen Daseinsvorsorge. Noch sind es vor allem Frauen, die in flexibilisierten, wenig gesicherten Arbeitsverhältnissen stehen. Sichere Arbeitsplätze für Frauen gibt es gerade im öffentlichen Sektor. Die so genannten Reformen zerstören aber genau diesen Bereich. Das ausbeutbare Modell der Hausfrau und Geringverdienerin wird im Zuge der Globalisierung auch auf die männlichen Erwerbstätigen ausgedehnt. Im Ergebnis dieser Abwärtsspirale sinken die Einkommen aller Beschäftigten dauerhaft.

genug für alle!

2.4.04: Dezentrale Aktionen
3.4.04: Demos in Berlin, Köln, Stuttgart

Die neoliberale Politik ist international und angeblich alternativlos. Aber Politik ist menschengemacht – das heißt sie kann verändert werden. Es ist möglich für ein gutes Leben für alle zu wirtschaften. Noch nie gab es so viel Reichtum wie heute. Es ist genug für alle da. Jeder Mensch hat ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum. Das muss sich niemand verdienen, das ist Menschenrecht.

Attac ruft alle BürgerInnen in diesem Land auf, gemeinsam mit den BürgerInnen in ganz Europa, für dieses Recht zu demonstrieren. Schluss mit Strukturen, die Kriege fördern und milliardenfache Ausbeutung hervorbringen.

Zusammen mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und Organisationen der Zivilgesellschaft rufen wir jede und jeden auf, durch die Teilnahme an den europaweiten Demonstrationen am 3. April – in Deutschland: Berlin, Köln und Stuttgart – und bei den dezentralen Aktionen in den Betrieben am 2. April ein klares Zeichen zu setzen:

Schluss mit Propaganda im Dienste der Profitsteigerung!

Schluss mit Umverteilung von unten nach oben!

Schluss mit neoliberaler Politik in allen ihren Formen!

Wir fordern:

– die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme auf der Basis der gesamten Wertschöpfung, also durch Arbeits- und Kapitaleinkommen

– Schließung der Steueroasen

– internationale Durchsetzung sozialer und ökologischer Regeln

Und nach dem 2./3. April? Lasst uns in Versammlungen und Diskussionen, in Foren und Kongressen Eckpunkte einer neuen Politik und konkrete Maßnahmen erarbeiten, mit denen eine andere Welt, ein anderes Leben wirklich werden können. Nehmen wir uns die Zeit, nutzen wir unsere Fähigkeiten und Bedürfnisse, teilen wir uns den Reichtum.

Denn: Es ist genug für alle da!

http://www.attac.de/genug-fuer-alle/

Der Unmut steigt, der Widerstand wächst:

Die Genugfüralle-Kampagne beginnt

In einer Vielzahl von Attac-Ortsgruppen organisieren Aktivisten Veranstaltungen, Diskussionsforen, Informationsstände und andere öffentlichkeitswirksame Aktionen. Soziale Foren und Bündnisse, mit einer breiten Beteiligung von Organisationen aus verschiedenen sozialen und politischen Hintergründen, werden vielerorts aufgebaut. Dies ist sehr gut und wichtig. Dennoch müssen wir unsere Arbeit verstärken und noch viel mehr in die breite Öffentlichkeit hinein wirken. Der Mainstream der Medien, der uns immer noch glauben machen will, dass es zur „neoliberalen Sparpolitik" keine Alternative gibt, muss aufgebrochen werden. Die Menschen müssen für eine Alternative, für eine soziale, solidarische, zukunftsweisende und den Menschen eine gesicherte Existenz bietende Sozialpolitik gewonnen werden.

Der neoliberale Umbau des Sozialstaates ist von der Rot-Grünen Regierungskoalition unter tatkräftiger Mithilfe der Schwarz-Schwarzen Opposition zum Jahresende 2003 im Eilverfahren vorangetrieben und mit Hartz-Gesetzen und der Gesundheitsreform zum Teil abgeschlossen worden. Nur die F.D.P. durfte nicht mitmachen, aber deren Part ist längst der der Grünen. Schon vor einem Jahr hat sich aus dem Attac-Rat eine Arbeitsgruppe gebildet, die eine Kampagne gegen den Ausverkauf des Sozialstaates organisiert. Der Attac-Ratschlag in Aachen im Oktober 2003 hat die Kampagne „Genugfüralle" zu einem Schwerpunkt der diesjährigen Attac-Arbeit erklärt.

Gesundheit kostet ihren Preis ...

Die Auswirkungen der ebenfalls verabschiedeten Gesundheitsreform sind für Jedermann und Jedefrau spürbar. Der Zahnersatz ist ab 2005 keine Kassenleistung mehr, und das Krankengeld zahlen ab 2006 die Arbeitnehmer allein. Die Zuzahlung für Arznei- und Heilmittel beträgt 10% (mindestens 5, maximal 10 Euro pro Medikament) und die Praxisgebühr pro Quartal mindestens 10 Euro, bei Notfällen auch noch mehr. Das Krankenhausgeld beläuft sich auf bescheidene 10 Euro pro Tag. Gestrichen wurden das Sterbegeld, der Zuschuss für Brillen und die Fahrtkosten für ambulante Behandlungen.

... und noch mehr.

Einschränkungen im Kündigungsschutz wurden vorgenommen. Die Sozialauswahl bei Kündigungen wurde aufgeweicht. Die grundgesetzlich verankerte Tarifautonomie möchten die neoliberalen Parteien von Grün über Hellrot bis Schwarz am liebsten ganz abschaffen. Die Tarifpartner sind aufgefordert, tarifliche Öffnungsklauseln festzuschreiben. Ansonsten ist ein gesetzgeberischer Eingriff in die Tarifautonomie vorgesehen.

Erster Kampagnenhöhepunkt: Demonstrationen am 3. April in Berlin, Stuttgart und Köln

Der Europäische Gewerkschaftsbund hat zu Aktionstagen am 2. und 3. April aufgerufen. Der DGB ruft seinerseits zu Demonstrationen in Berlin, Stuttgart und Köln am 3. April auf. Die Mobilisierungen für die Demonstrationen sind angelaufen.

„Was ist ein Dietrich gegen eine Aktie? Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen eine Gründung einer Bank?"- Bertold Brecht

Die AG „Genugfüralle", die im Auftrag des Attac-Rates die Kampagne organisiert, hat auch personelle Unterstützung bekommen. Bei Thomas Klein, unserem Campaigner, laufen bis zu den Demos alle Fäden zusammen; er ist für Ansprechpartner weitere für Fragen.

Kontakt: thomas.klein@attac.de

Hardy Krampertz, AG Genugfüralle

Wer nicht arbeitet, geht in die Armut - Offensive für den Billigstlohnsektor

Mit den Hartz III & IV- Gesetzen wird der Umbau der Bundesanstalt für Arbeit in die künftige Bundesagentur für Arbeit vorangetrieben. Gleichzeitig werden die Repressionen gegen die Arbeitslosen verstärkt. Ab 2005 wird die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialgeld zur Arbeitslosenhilfe II in Kraft treten. Über ein Stufenmodell werden dann die Arbeitslosen in die Armut, aber kaum in eine neue berufliche Zukunft geführt. Durchgesetzt wurde von der Opposition, dass jede Arbeit zu jedem Lohn angenommen werden muss. Das verstärkt den Druck auf die noch Beschäftigten und hebelt die bestehenden Tarifregelungen zunehmend aus.

Attac mobilisiert für den 3. April

Der Attac-Aufruf für die europaweiten Aktionstage am 2. und 3. April ist veröffentlicht und kann massenhaft verteilt werden. Nach heutigem Stand wird Attac durch RednerInnen auf den Demonstrationen vertreten sein.

Unterschriftensammlung

Zur Zeit und bis mindestens Ende März läuft eine großangelegte Unterschriftenaktion gegen den Sozialabbau (siehe Seite 5). Die Listen sollen der Bundesregierung Anfang April übergeben werden. Die ausgefüllten Listen bitte so schnell wie möglich per Post oder Fax an das Attac-Bundesbüro schicken.

Aktionstag am 24. März

Ein Jahr Agenda 2010 sind genug. Zum Jahrestag der Agenda 2010 sind schon jetzt Veranstaltungen in Attac-Gruppen geplant. An diesem Tag sollen möglichst viele öffentlichkeitswirksame Aktionen auf plakative Weise die dramatische Verschlechterung skandalisieren und auf die Aktionstage am 2. und 3. April hinweisen.

Die AG Genugfueralle bereitet Aktionsideen vor. In den nächsten Wochen und Monaten stehen sie den Ortsgruppen zur Verfügung und werden von der AG koordiniert.

Regionalkonferenzen

In einigen Orten/Regionen wurden oder werden noch Regionalkonferenzen abgehalten, die die zahlreichen Aktionen im Vorfeld der Demonstrationen koordinieren und zur verstärkten Mobilisierung beitragen sollen.

Mehr Informationen über die Kampagne, verfügbares Kampagnenmaterial, Ideen für Aktionen, Termine und Newsletter gibt es unter

www.attac.de/genug-fuer-alle/newsletter.php

Hardy Krampertz, AG Genugfüralle

Unterschreibt gegen Sozialkahlschlag!

SPD, wir wollen mehr!

Es genügt nicht das Personal auszuwechseln – wir wollen eine andere Politik!

Wir fordern ein Ende der Sozialabbaupolitik, die RentnerInnen, Kranke, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger bestraft und gleichzeitig Vermögende, GroßverdienerInnen und Konzerne mit Steuergeschenken beglückt.

Als ersten Schritt fordern wir auf die nächsten beiden Sozialabbaupläne der Bundesregierung zu verzichten:

- ☛ Keine Steuersenkung für Kapitaleinkommen auf 25%. MillionärInnen dürfen nicht weniger Steuern zahlen als ArbeitnehmerInnen.
- ☛ Keine Kürzung der Renten. Auch ohne den geplanten sogenannten Nachhaltigkeitsfaktor ist genug Geld für die Renten da, bis 2030 werden nicht einmal die Beitragssätze ansteigen.

Ich unterstütze die Mobilisierung von Sozialen Bewegungen, Attac und Gewerkschaften für Großdemonstrationen gegen Sozialabbau und für ein soziales Europa am 3. April in Berlin, Köln und Stuttgart.

Demonstriert am 3.4. gegen Sozialabbau!

attac
www.attac.de

Die Unterschriften werden der Bundesregierung Anfang April übergeben. Die Unterschriftenlisten deshalb bitte bis **Ende März** senden an: **Attac Bundesbüro, Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt/M. oder per Fax an 069-900 281-99.** Weitere Unterschriftenlisten können, wenn sie nicht kopiert werden, im Internet unter **www.attac.de/genugfueralle** heruntergeladen werden.

Name	Adresse + E-Mail	Unterschrift
		☐ keine Infos*
		☐ keine Infos*
		☐ keine Infos*
		☐ keine Infos*
		☐ keine Infos*
		☐ keine Infos*
		☐ keine Infos*
		☐ keine Infos*

* Wer hier ein Kreuz macht, bekommt keinen einmaligen Infobrief mit Informationen zur Demo am 3.4. und über Attac

Hintergründe

Europäische Integration und Sozialabbau

In den aktuellen Diskussionen der medialen Öffentlichkeit über den Um- und Abbau sozialstaatlicher Leistungen und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes spielt die Frage nach der Relevanz der Europäischen Union keine besonders große Rolle. Die sogenannten Reformen auf dem Arbeitsmarkt und bei den sozialen Sicherungssystemen werden hingegen vornehmlich mit Verweis auf die ökonomischen Zwänge, die aus der Globalisierung erwachsen, begründet. Tatsächlich ist die europäische Integration aber ein wichtiger Faktor bei der Reorganisation der nationalen Wohlfahrtsstaaten. Die Bedeutung der europäischen Integration für die Sozialpolitik der Mitgliedstaaten liegt auf einer strukturellen Ebene. Bei der Integration handelt es sich um ein Projekt, das vornehmlich ökonomisch motiviert ist und in dem die soziale Dimension chronisch unterentwickelt ist. Nach einer Krise des Integrationsprozesses in den siebziger Jahren, gekennzeichnet unter anderem durch das Scheitern eines ersten Versuchs für eine Währungsunion, gewann die Europäische Gemeinschaft ab den achtziger Jahren wieder an Dynamik. Seitdem lässt sich die Fortentwicklung der europäischen Integration grob anhand mehrerer politischer Großprojekte skizzieren.

Foto: Julian Finn

Demonstration gegen Sozialabbau beim Europäischen Sozialforum in Paris

Mit dem Binnenmarktprogramm reagierte die EG auf den wachsenden Wettbewerbsdruck, insbesondere der Ökonomien Japans und der Vereinigten Staaten, und liberalisierte den innergemeinschaftlichen Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr. Zusätzlich findet seitdem eine neue integrationspolitische Methode Anwendung: Das Prinzip wechselseitiger Anerkennung von Normen ersetzt das Ziel einer umfassenden Harmonisierung von Standards und setzt stattdessen darauf, durch die gegenseitige Anerkennung nationalstaatlicher Regulierungen diese miteinander in Konkurrenz zu setzen. Insgesamt handelt es sich beim Binnenmarkt um ein großangelegtes Liberalisierungs- und Deregulierungsprogramm, das nur von rudimentären sozialpolitischen Maßnahmen begleitet wurde. Die damit verbundene Verschärfung des innergemeinschaftlichen Wettbewerbs setzt dabei indirekt, etwa durch einen verschärften Steuerwettbewerb und größere Kapitalmobilität, auch die nationalstaatlichen Sozialsysteme unter einen wachsenden Finanzierungsdruck.

Fixpunkt Geldwertstabilität

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) ist das an den Binnenmarkt anschließende politische Integrationsprojekt. Mit den Maastrichter Konvergenzkriterien bzw. deren Fortführung im Stabilitätspakt erfolgte die EWWU nach rein monetaristischen Kriterien. Die absolute Fixierung auf die Geldwertstabilität - nicht zuletzt auf Druck der Bundesregierung und insbesondere der Bundesbank - hat enorme Konsequenzen für die Geld- und insbesondere die Fiskalpolitik. Der Abbau öffentlicher Ausgaben mit dem Ziel, die Vorgaben der Währungsunion zu erfüllen, führte gerade bei den Sozialetats zu Kürzungen. Insbesondere bei den öffentlichen Rentensystemen, die nahezu die Hälfte der Sozialausgaben ausmachen, haben in den meisten Mitgliedstaaten erst mit dem Plan zur Einführung des Euro umfassende Kürzungen richtig an Fahrt gewonnen.

In die Reihe marktliberal orientierter Integrationsprojekte lässt sich auch die EU-Osterweiterung einordnen. Der Erweiterungsprozess war vornehmlich durch die Ausdehnung des liberalen EU-Modells auf die Beitrittsstaaten geprägt. Mit der Osterweiterung treten Staaten bei, in denen der Lebensstandard der Bevölkerung weit unter dem EU-Durchschnitt liegt. Die zum Ausgleich dieser sozialen Ungleichheit nötigen Finanzmittel wurden aber nur in unzureichenden Ausmaß zur Verfügung gestellt. Als Folge der mit der EWWU verschärften Haushaltsdisziplin wurde den Beitrittskandidaten nicht die finanzielle Solidarität zuteil, die noch bei der Süderweiterung der EU gegolten hatte.

Wettbewerb über alles

Darüber hinaus ist die EU in den letzten Jahren aber auch auf Feldern der Sozial- und Beschäftigungspolitik aktiv geworden. Die Hoffnungen insbesondere der Gewerkschaften und ihrer europäischen Vertretungen, dass die Folgen der Marktintegration durch eine ergänzende Sozialintegration abgefedert werden, haben sich damit aber nicht bestätigt. Im Gegenteil: Beschäftigungs- und Sozialpolitik werden zwar auf europäischer Ebene thematisiert, aber ihre Ausgestaltung den Imperativen der Wettbewerbsfähigkeit untergeordnet. Deutlich wird diese Orientierung anhand der sogenannten Lissabon-Strategie, die auf dem EU-Gipfel im Jahr 2000 in Lissabon beschlossen wurde. Auch hier steht wie bereits beim Binnenmarkt die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit Europas im Zentrum, was in der vielzitierten Formulierung im Abschlussbericht des Ratstreffens mündete, innerhalb von zehn Jahren die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt machen zu wollen. Die Lissabon-Strategie trägt den Geist des Booms der späten neunziger Jahre, zielt auf die Förderung der „New Economy“ und hofft, insbesondere über eine Integration der Finanzmärkte Europas Wettbewerbsposition zu stärken.

In dieser auf Konkurrenzfähigkeit im globalen Wettbewerb fixierten Strategie, deren Vorbild die dynamische Entwicklung des US-Kapitalismus in

den neunziger Jahren ist, wird versucht, Beschäftigungs- und Sozialpolitik unter diesen Gesichtspunkten zu reorganisieren. Welche Vorschläge auch im Detail gemacht werden, immer ist die Frage der Kostenreduktion von zentraler Bedeutung, ob in Form von Steuern oder Lohnnebenkosten. Da die meisten sozialpolitischen Fragen aber in der Verantwortung der Nationalstaaten liegen, wurde mit der offenen Methode der Koordinierung (OMK) ein Verfahren entwickelt, das eine europäisch koordinierte Überwachung der Sozialpolitiken ermöglichen soll. Die Systeme der Alterssicherung und die Gesundheitspolitik werden daraufhin geprüft, ob sie den Zielen erhöhter Wettbewerbsfähigkeit genügen. Dies geschieht mit Hilfe des sogenannten Benchmarking, das in ähnlicher Form erstmals in der europäischen Beschäftigungspolitik angewandt wurde. Anhand von EU-Leitlinien, der Identifikation sogenannter „best practices“ und einer beständigen Kontrolle und Überwachung soll ein koordinierter Abbau sozialer Leistungen erreicht werden.

Europäische Beschäftigung: Lohnarbeit um jeden Preis

Hatten einige Sozialminister und die Generaldirektion Beschäftigung und Soziales der EU-Kommission vielleicht anfangs die Hoffnung, mit der OMK die rein wachstums- und stabilitätsorientierte Sichtweise der Finanzminister auf die öffentlichen Renten - als Lohnnebenkosten erhöhende und die Stärke des Euro gefährdende Haushaltslasten - herauszufordern, so war diese schnell verflogen. Der Gemeinsame Rentenbericht von Kommission und Rat betont die Wichtigkeit „finanziell nachhaltiger“ Rentensysteme und empfiehlt die Stärkung der privaten kapitalgedeckten Rentensysteme. Ohnehin ist die OMK nicht das einzige Verfahren auf EU-Ebene, das sozialpolitische Fragen berücksichtigt und möglicherweise noch nicht einmal das wichtigste. Denn während die OMK lediglich Empfehlungen ausspricht, ohne für die nationale Politik rechtlich bindend zu sein, haben die wirtschaftspolitischen Gründzüge und die Vorgaben im Rahmen der Koordinierung der Haushaltspolitik einen sehr viel verbindlicheren Charakter. Beide thematisieren mittlerweile in eigenen Abschnitten die immensen Kosten, die auf die öffentlichen Haushalte im Renten- und Gesundheitsbereich angesichts der demographischen Entwicklung zukommen werden. Vorgeschlagen wird den EU-Mitgliedstaaten eine Strategie, die durch Rückführung der Pensionsausgaben, die Erhöhung der Beschäftigungsquote und stärkere private und betriebliche Rentensysteme „gesunde“ öffentliche Finanzen schafft.

Die Vorgaben zielen also auf dreierlei: Erstens sollen die Kosten gesenkt werden, vornehmlich um die Unternehmen von Lohnnebenkosten zu entlasten. Zweitens verbergen sich hinter der erst einmal positiv klingenden Forderung nach einer höheren Beschäftigungsquote nach Vorstellung der EU die Ziele verlängerter Lebensarbeitszeiten und flexiblerer Arbeitsmärkte. Das Ziel einer höheren Beschäftigungsquote orientiert sich nicht an qualitativen Kriterien und bedeutet für die EU nichts anderes als Lohnarbeit um jeden Preis, also Arbeit im Niedriglohnsektor oder die Ausdehnung befristeter Tätigkeiten. Die europäische Beschäftigungspolitik beschränkt sich wegen ihrer Stabilitätsorientierung in der Geld- und Fiskalpolitik auf eine Mikropolitik zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit („employability“) der Arbeitnehmer. Schließlich verweist die Forderung nach der Ausdehnung betrieblicher und privater Zusatzrenten ebenfalls darauf, dass die Sozialpolitik ökonomischen Interessen untergeordnet werden soll. Von privaten Rentensystemen und Pensionsfonds, die Teil der Pläne für einen Finanzbinnenmarkt sind, erhoffen sich EU-Kommission und die Regierungen der Mitgliedstaaten verstärkte Mittelzuflüsse auf die Kapitalmärkte. Dies wiederum soll die externe Unternehmensfinanzierung über Aktien oder Anleihen verbilligen und einen Beitrag zu mehr Wachstum leisten. Weder der Crash an den Finanzmärkten und die massiven Wertverluste, die etwa US-amerikanische und britische Pensionsfonds - und damit amerikanische und britische ArbeitnehmerInnen - hinnehmen mussten, noch die teilweise fragwürdige Orientierung von Pensionsfonds und anderen institutionellen Anlegern auf kurzfristige Höchstrenditen lassen die EU von ihrem Vorhaben abbringen, die Rolle privater kapitalgedeckter Renten zu stärken. Als Vorbild des von der EU verfolgten Rentenkonzeptes dient im übrigen der 1994 von der Weltbank vorgelegte Bericht „Averting the old age crisis“ - ein Plädoyer für den Ausbau kapitalgedeckter Privat- und Betriebsrentensysteme. Insbesondere in einigen Staaten Mittel- und Osteuropas, darunter auch künftigen EU-Mitgliedern wie Polen oder Ungarn, wurden Rentenreformen vollzogen, die sich am Weltbankmodell orientieren.

Marktorientierte Neuausrichtung der Wohlfahrtsstaaten

Insgesamt beeinflusst die EU über verschiedene Kanäle die marktorientierte Neuausrichtung der Wohlfahrtsstaaten. Dies bedeutet aber nicht, dass nationale Regierungen nicht mehr für Kürzungen verantwortlich gemacht werden können. Denn erstens unterliegen die meisten gesetzesrelevanten Entscheidungen bei der Arbeits- und Sozialpolitik letztlich der nationalstaatlichen Ebene, zweitens sind die Regierungen nicht einfach Empfänger von Vorgaben der EU, sondern entscheiden über sie mit. Kritik und Widerstand gegen Sozialabbau müssen deshalb weiterhin auf unterschiedlichen Ebenen, national wie europäisch, geübt werden.

Martin Beckmann ist Wissenshaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Marburg

Testen Sie die taz

10 Wochen taz für 50 Euro

☐ **Als Prämie erhalte ich: „Den Atlas der Globalisierung“**
Der Atlas dokumentiert anschaulich die ökonomischen, politischen, ökologischen und demographischen Umwälzungen und ihre Folgen.

Vorname | Nachname

Straße | Hausnr

PLZ | Ort

Telefonnr

E-Mail

BLZ | Kontonr

101 Datum | Unterschrift

taz-Aboabteilung | PF 61 02 29 | 10923 Berlin
abo@taz.de | www.taz.de
T (030) 25902590 | F (030) 25902 6

die tageszeitung

Vorreiter Chile

Die Privatisierung der Sozialsysteme in Lateinamerika

Proteste von Rentenmaklern gegen Provisionseinbußen, Santiago de Chile (1997)

Chile ist das Vorbild, das Vorbild all derer, die ohne Zögern und ohne Skrupel Geschäfte mit der Hilfsbedürftigkeit der Menschen zu machen bereit sind. Dort hatten Ökonomen der neoklassischen Chicagoer Schule 1980 die Gelegenheit erhalten, ein blitzsauberes privates Sozialsystem zu errichten, das seit Mai 1981 formal in Kraft ist. Der damalige Direktor der staatlichen Planungsbehörde hatte programmatisch zusammengefasst: „Das Verb privatisieren wird für sämtliche nationalen Maßnahmen und Aktionen im Imperativ und im Futur konjugiert."

Für die ChilenInnen bedeutet das, dass es kaum noch eine öffentliche Daseinsvorsorge gibt. Ein staatliches Gesundheitswesen sichert zwar noch eine minimale Versorgung für diejenigen, die sich private Versicherungen nicht leisten können. Der Vorsitzende des Verbandes der chilenischen privaten Krankenversicherungen formulierte die Philosophie des Systems: Privatkassen sind „für die Leute da, die es bezahlen können. Der Staat kann bei den Ärmsten einspringen." Aber auch die Privatversicherungen versichern nicht wirklich. Bei weit über tausend verschiedenen Tarifen mit Selbstbehalten, Zuzahlungen, Herausnahmen bestimmter Krankheiten etc. ist es nur zu horrenden Preisen möglich, einen umfassenden Schutz zu bekommen. Zuzahlungen von ein paar tausend Euro etwa zu einer Geburt oder zehntausenden für relativ einfache Operationen sind keine Ausnahme.

Die Rentenversicherung ist komplett privat von Fondsgesellschaften organisiert. Alle Beschäftigten sind verpflichtet 10% ihrer Bruttobezüge an einen solchen Fonds zu überweisen. Nach mindestens 20 Beitragsjahren kann man wählen, ob man die Auszahlung in festen Monatsraten will, dann ist mit den Zahlungen Schluss, wenn die angesammelten Gelder alle sind, oder ob man eine Rente bis zum Lebensende will - dafür wird eine Lebenserwartung von 116 Jahren angenommen. Das wirtschaftliche Erfolgsrisiko der Fonds tragen ausschließlich die Versicherten. Es gibt keinerlei staatliche Förderung, keine Umverteilung im System und Arbeitgeberbeteiligung. Dafür ist die Praxis weit verbreitet, die Beiträge zwar vom Lohn abzuziehen, aber nicht an die Versicherungsträger zu überweisen. Das geschieht oft im Einvernehmen mit den Beschäftigten, die sich ohnehin keine Rentenzahlungen ausrechnen und eine unmittelbare Auszahlung vorziehen. Die Fonds selbst gehen kein Risiko ein: Die Renteneinzahlungen und ihre Vermögen sind streng getrennt. Sie beziehen als Einnahmen Kommissionen und Kontoführungsgebühren von den Versicherten, deren Höhe sie selbst festlegen und die nochmals fast bis zur Hälfte der Beiträge reichen können.

In einigen Ländern Lateinamerikas wie in El Salvador oder Bolivien wurde das chilenische Rentensystem weitgehend übernommen. Dabei lässt sich als grobe Regel feststellen, dass das um so eher geschieht, je autoritärer die Regimes sind. Wo Komplettprivatisierungen nicht durchsetzbar erschienen, hat man gemischte Systeme etabliert. In Peru etwa haben die Beschäftigten die Wahl zwischen einem öffentlichen System, in das auch die Arbeitgeber Beiträge einbezahlen, und einem privaten. Für die private Variante gibt es starke staatlich finanzierte Anreize und beim Überwechseln einmalig eine Lohnerhöhung von 13%, die in etwa der Beitragshöhe entspricht. Argentinien hatte eine besonders günstige Variante für die privaten Fonds entwickelt: Dort wurde das öffentliche System, bei dem auch alle Zahlungsverpflichtungen verblieben, nicht abgeschafft. Die aktuellen Beiträge müssen aber an die Privaten abgeführt werden, die erst nach Erreichen des Renteneintrittsalters auszahlen müssen. Auffällig ist, dass viele Staaten (einschließlich Chile) für ihre Sicherheitskräfte in Polizei und Militär eigenständige, umlagefinanzierte, solidarische Systeme beibehalten haben.

Im Gesundheitswesen gibt es bei vielen Ähnlichkeiten einen wesentlichen Unterschied: Auch in den Ländern mit stark privatisierten Systemen stellt der Staat ein öffentliches Angebot auf niedrigem Niveau bereit. Dort tritt das Prinzip offen zu Tage, dass Private nur am Abschöpfen der Zahlungsfähigkeit interessiert sind und nicht an einem umfassenden medizinischen Angebot. Diese sogenannten segmentierten Modelle führen also dazu, dass die formell beschäftigten ArbeitnehmerInnen an die Sozialversicherung zahlen, die einkommensstärkeren Schichten private Angebote mit hoher Qualität nutzen und alle anderen mit chronisch unterfinanzierten und schlecht ausgestatten Angeboten einer Armenmedizin vorlieb nehmen müssen.

Werner Rätz

Die Suche nach einer Antwort auf die Europäische Privatisierungswut

Im Herbst 1984 forderte der mächtige Industriellenverband „European Roundtable of Industrialists“ die Errichtung eines „gemeinsamen europäischen Heimat-Marktes“. Ziel der Industriekapitäne war die Beseitigung aller Handelshemmnisse im Innern der EU, um die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Kapitals auf dem Weltmarkt zu stärken. Dankbar griff die Europäische Kommission diese Vorschläge auf und formulierte in einem Weißbuch und der darauf beruhenden „Einheitlichen Europäischen Akte“ (1987) ein gigantisches Liberalisierungsprogramm. Zwar wurden die rund 280 Gesetzgebungsvorschläge des Weißbuchs bis heute nicht vollständig umgesetzt, jedoch setzte es eine äußerst zerstörerische Dynamik neoliberaler Re-Regulierung frei.

Telekommunikation, Post, Strom, Gas und Verkehr: Dies sind die ersten ehemals öffentlichen Sektoren, die der entfesselten Liberalisierungswut zum Opfer fielen. Mittels eines verwirrenden Geflechts sekundärrechtlicher Richtlinien und Verordnungen brachte die transnationale Klasse von Regierungen, Wirtschaftslobbyisten und EU-Kommission diese netzgebundenen Wirtschaftszweige unter das Kommando des europäischen Wettbewerbsrechts. Dessen Grundpfeiler sind:

a) das Verbot öffentlicher und die Förderung privater Monopole, b) Rechtsansprüche profitmaximierender Dienstleister auf Zugang zu staatlichen Subventionen und c) der Zwang zur Ausschreibung öffentlicher Aufträge mitsamt der Pflicht, dem billigsten Anbieter den Zuschlag zu erteilen.

Begleitet wird diese fortschreitende Durchkapitalisierung öffentlicher Dienste durch einen tiefgreifenden Strukturwandel des Staats, seine Transformation vom „produzierenden“ zum „Gewährleistungsstaat“. Völlig zutreffend beschreibt die EU-Kommission diesen Prozess: „Während in Europa eine Reihe von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse traditionell von den Behörden selbst erbracht worden ist, beauftragen sie heutzutage zunehmend öffentliche oder private Unternehmen bzw. öffentlich-private Partnerschaften mit der Leistungserbringung und beschränken die eigene Rolle auf die Festlegung öffentlicher Zielvorgaben sowie die Überwachung, Regulierung und gegebenenfalls Finanzierung der Leistungen.“ Außen vor bleibt dabei, dass die kapitalistischen Verwertungszwänge einem gleichberechtigten Zugang zu unverzichtbaren Versorgungsleistungen strukturell im Wege stehen und auch durch eine noch so gut gemeinte „Regulierung“ nicht außer Kraft zu setzen sind.

Allerdings ist es absurd, dieser Transformation des Staats durch Rekurs auf die vermeintlich seligen Zeiten des „rheinischen Kapitalismus“ oder des fordistischen „Wohlfahrtsstaats“ begegnen zu wollen. Denn die wesentliche Funktion des „Sozial“-Staats, wie jedes kapitalistischen Staats, besteht darin, die Voraussetzungen für eine möglichst reibungslose Mehrwertproduktion sicherzustellen. Zu diesem Zweck entwickelten alle bürgerlichen Staaten die herrschaftsförmigen Rechtskonstrukte der „Vertragsfreiheit“ und des „Privateigentums“. Ein emanzipatorischer sozialer Widerstand wird folglich genau diese Rechtskonstruktionen durch gesellschaftliche Aneignung ehemals „öffentlicher“ Dienste und der „privaten“ Produktion außer Kraft setzen müssen. Keinerlei emanzipatorische

Beliebtes Motiv der GATS-Kampagne

Perspektive bieten dagegen Konzepte „globaler öffentlicher Güter“, solange diese dem „öffentlichen“ Gut gnädig eine Sonderbehandlung gewähren, den privat-kapitalistischen Produktionsprozess und seine rechtsstaatlichen Voraussetzungen aber zur sakrosankten „no-go area“ erklären.

Die Entwicklung einer emanzipatorischen Praxis sozialer Aneignung steht bei Attac noch ganz am Anfang. Eine solche Praxis ist aber zentral, denn die Kommerzialisierung schreitet munter voran. Jetzt auch im Bereich der Daseins-Nachsorge: Bis Januar 2006 muss die Task Force TF 139 des Europäischen Normungskomitees CEN eine Norm für „Bestattungsdienstleistungen“ entwickeln, die dann bei öffentlichen Ausschreibungen zugrunde zu legen ist. Zur „Niederlassungsfreiheit“ des Binnenmarkts gehört nämlich nicht nur das Recht, sich in jedem anderen EU-Land zur letzten Ruhe zu betten, sondern auch ein Bestattungsunternehmen zu gründen. Entsprechend tobt auch hier der Wettbewerb. Das wichtigste Handelshemmnis für dieses krisenfeste Gewerbe steht ebenfalls auf der Abschussliste: das gemeindliche oder kommunale Eigentum an Friedhöfen.

Thomas Fritz, BLUE 21,
Attac AG „Welthandel und WTO“

Es geht auch anders

Perspektiven für eine andere Politik

14.-16. Mai 2004
Technische Universität, Berlin

www.perspektivenkongress.de

Brot, Land und Freiheit

Die Mehrheit der Hungernden lebt auf dem Land – wo die Nahrung produziert wird. Aber das Land gehört nicht ihnen.
FIAN unterstützt Kleinbauern weltweit in ihrem Kampf um Land, damit sie sich selbst ernähren können.

FIAN Internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht sich zu ernähren

Spendenkonto: 10 90 000, Sparkasse Herne (BLZ 432 500 30) · Weitere Informationen bei:
FIAN · Overwegstr. 31 · 44625 Herne
Tel: (0 23 23) 49 00 99 · Fax: (0 23 23) 49 00 18
Internet: www.fian.de · E-Mail: fian@fian.de

Chance für Kampagne gegen diese EU-Verfassung

Militarisiertes Kerneuropa droht

Verfassung gescheitert - Militärstrategie verabschiedet

Foto: www.indynews.net

Verklausuliertes Präventivkriegskonzept

Beim Gipfel in Rom konnten sich die Regierungschefs der Europäischen Union (EU) nicht auf den vorliegenden Verfassungsentwurf einigen. Fast untergegangen ist bei der Berichterstattung über das „Scheitern", dass die Europäische Union ihre verbindliche Europäische Sicherheits- und Militärstrategie (ESS) in Rom verabschiedet hat. Dort steht, dass und wie die EU militärisch agieren will: „Als eine Union mit 25 Mitgliedstaaten, die mehr als 160 Mrd. Euro für Verteidigung aufwenden, sollten wir mehrere Operationen gleichzeitig durchführen können." Und dann kommt ein zentraler Satz: „Unser herkömmliches Konzept der Selbstverteidigung, das bis zum Ende des Kalten Krieges galt, ging von der Gefahr einer Invasion aus. Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen." „Verteidigungslinien", die im Ausland liegen, das ist kaum etwas anderes als verklausuliert das aus der National Security Strategy der USA bekannte „Präventivkriegskonzept".

„Einfluss im Weltmaßstab" - EU und NATO: Hand in Hand

Das Ziel wird klar benannt in der ESS: „Eine aktive und handlungsfähige Europäische Union könnte Einfluss im Weltmaßstab ausüben." Hier meldet sich eine Institution, die eine weitere Weltmacht werden will. „In einer Welt globaler Bedrohungen, globaler Märkte und globaler Medien hängen unsere Sicherheit und unser Wohlstand immer mehr von einem wirksamen multilateralen System ab." EU und NATO werden eng kooperieren: „Im Rahmen dieses Netzes ist und bleibt die NATO für die Gewährleistung unserer Sicherheit von grundlegender Bedeutung, und zwar nicht als Konkurrent, sondern als strategischer Partner." (Javier Solana, 12.11.2003)

Aufrüstungsverpflichtung und Rüstungsagentur auch ohne EU-Verfassung

Ein „Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten" wurde nun in der EU-Militärstrategie festgeschrieben, 2004 wird es seine Arbeit beginnen. Im Entwurf für eine EU-Verfassung sollte eine Aufrüstungsverpflichtung festgeschrieben werden, diese ist nun in der EU-Militärstrategie geregelt.

Insofern haben die EU-Regierungen, die eine intensive Fortentwicklung der militärischen Komponente wollen, mit der EU-Militärstrategie vieles bekommen von dem, was sie mit dem vorgelegten EU-Verfassungsentwurf erreichen wollten. Der entscheidende Unterschied ist, dass die Entwicklungen im Militärbereich nun wohl in „unterschiedlichen Geschwindigkeiten" ablaufen werden und dass ein militärisches Kerneuropa um Deutschland und Frankreich immer offensichtlicher wird.

Kerneuropa droht - die deutsch-französische Achse wurde wiederbelebt

Der deutsche Außenminister dazu im Spiegel: „Diejenigen, die weitergehen wollen - in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in der Zusammenarbeit bei der Innenpolitik, bei Justiz und Recht -, werden weitergehen, wenn die Verfassung scheitert. Sie werden es umso entschiedener tun, je weniger sie daran glauben, dass dieses Europa als Ganzes handlungsfähige Strukturen bekommt." „Das Kerneuropa, von dem ich rede, ist kein Ziel, nur faktische Konsequenz dessen, was wir zurzeit erleben." (Spiegel 52/2003, 20. Dezember 2003) Das neue Kerneuropa ist das alte unter deutsch-französischer Führung, konkretisiert vor allem im Militärbereich. Für das „Scheitern des EU-Gipfels" wurden v.a. die polnische, aber auch die spanische Regierung verantwortlich gemacht. Allerdings mutmaßt selbst die Financial Times: "Ohne die deutsche Ellbogendiplomatie in der Debatte um den Stabilitätspakt und die ständigen Drohungen mit Kerneuropa hätte man mit Polen und Spaniern noch einen Kompromiss erarbeiten können." (FTD, 16.12.2003)

Bisher keine EU-Verfassung - Chance für die Bewegung „Gegen diese EU-Verfassung"

Trotzdem ist die derzeitige Entwicklung auch eine Chance. Dass es bisher keine EU-Verfassung gibt, verbessert die Möglichkeiten, den bisherigen Entwurf zu verhindern. Inzwischen hat sich in Deutschland und vielen anderen EU-Staaten eine Bewegung „Gegen diese EU-Verfassung" gebildet. Weitere Schritte der Kampagne „gegen diese EU-Verfassung" sind nun die Verbreitung von Materialien und die Beteiligung an den Aktionstagen „gegen Krieg und Besatzung" am 20. März und gegen Sozialabbau am 2. und 3. April. Am 9. Mai gibt es einen Aktionstag „gegen diese EU-Verfassung", u.a. mit einer Demonstration in Rom. Ziel muss es sein, das militarisierte Kerneuropa zu kritisieren.

Informationen: www.imi-online.de

Tobias Pflüger

Hintergründe

Die Verfassung der Europäischen Union ...

Mitte letzten Jahres hat der „Konvent zur Zukunft der EU“, zusammmengesetzt aus Vertretern der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und der Kommission unter der Leitung von Giscard d‘Estaing, die EU-Verfassung vorgelegt. In diesem Jahr soll sie - im zweiten Versuch - angenommen werden.

...ist etwas völlig Neues?

Ja und nein. Von Anfang an beruhte die Europäische Gemeinschaft auf - immer wieder geänderten - Verträgen (Vertrag von Rom, von Maastricht, zuletzt von Nizza). Diese enthalten die obersten Regeln und stellen insofern eine Art Verfassung dar, wurden jedoch nicht so genannt. Durch die Namensänderung ändert sich weder der juristische Status noch das Änderungsverfahren. Genau wie die Verträge kann auch die Verfassung nur einstimmig geändert werden. Bei wichtigen Änderungen muss nun allerdings ein Konvent einberufen werden, die Diskussion also öffentlich geführt werden. In den Köpfen der Menschen hat das Wort Verfassung jedoch sehr wohl eine wichtige Bedeutung, da damit viele die Nationalverfassungen assoziieren. Eine Kampagne zur Änderung der Verfassung dürfte somit deutlich schwieriger werden.

...macht die EU undemokratischer?

Obwohl die Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlaments (EP) deutlich ausgeweitet wurden und dieses nun - auf Vorschlag des Rates - den Kommissionspräsidenten wählen darf, bleiben viele demokratische Mängel der Union bestehen. Zentral ist, dass das Initiativrecht für Gesetzesvorschläge bei der Kommission und nicht - wie üblich - bei der Legislative (EP und Rat) verbleibt.

...führt zur Militarisierung der EU?

Zwar wird das Ziel der Friedenssicherung sowie - erstmals in einem Verfassungstext - die Existenz und Bedeutung der zivilen Konfliktschlichtung anerkannt (Art. I-40), die konkreten Politikvorgaben sprechen aber eine andere Sprache: So werden die Mitgliedstaaten auf die „schrittweise Verbesserung ihrer militärischen Fähigkeiten“ (Art. I-40) verpflichtet. Überdies wird ein „Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten“ eingerichtet. Von ziviler Konfliktlösung ist keine Rede mehr.

...höhlt die demokratische Kontrolle im Bereich der Handelspolitik weiter aus?

Im Bereich der Handelspolitik werden die Zuständigkeiten der europäischen Ebene auf sensible Dienstleistungssektoren sowie Auslandsinvestitionen ausgeweitet, gleichzeitig wird die demokratische Kontrolle vermindert: Nach den neuen Regelungen müssen Handelsverträge nicht mehr von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden, statt dessen ist die Zustimmung des EP erforderlich. Den Verlust an Demokratie und Intransparenz kann dies nicht ausgleichen.

...schreibt die neoliberale Wirtschaftsordnung fest?

Die neoliberale Wirtschaftsordnung der Gemeinschaft besteht im Wesentlichen aus den Großprojekten Binnenmarkt und der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Das Binnenmarktprojekt führte zu einem Wettbewerb staatlicher Regulierungen und Steuern. Im Rahmen der WWU wurden der Vorrang der Preisstabilität bei der Geldpolitik sowie das Ziel der „gesunden öffentlichen Finanzen“ (Defizitkriterium von 3%, Schuldenkriterium von 60%) festgeschrieben. Der Entwurf übernimmt entsprechende Artikel des Vertrags von Nizza, Änderungen gibt es nur im Bereich Bekämpfung von Steuerhinterziehung/ illegaler Steuerflucht.

...gibt öffentliche Daseinsvorsorge Wettbewerbsgesetzen preis?

Weder wurde die Stärkung der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse als Ziel der Union festgelegt noch werden sie nun wirksam vor den europäischen Wettbewerbsregeln geschützt. Neu ist nur die Möglichkeit, in diesem Bereich europäische Rahmengesetze zu verabschieden. Ob diese zu einer Stärkung oder weiteren Schwächung der öffentlichen Daseinsvorsorge beitragen, bleibt abzuwarten.

...macht die Union unsozialer?

Zwar finden sich bei den Werten und Zielen ein paar positive Neuerungen, das Kapitel zur Sozialpolitik wird jedoch - mitsamt der blockierenden Einstimmigkeitsregelung in weiten Teilen - aus dem Vertrag von Nizza übernommen. Neu ist die Aufnahme der Grundrechtscharta. Diese war bisher nur „feierlich proklamiert“ worden, besitzt also noch keinerlei Rechtsverbindlichkeit. Auch wenn die Charta sicher noch verbesserungswürdig ist, wird ihre Aufnahme von vielen NGOs im sozialen Bereich als großer Erfolg gewertet.

...muß verhindert werden?

Leider handelt es sich nicht um eine einfache „Ja-Nein“, sondern um eine „Entweder-Oder“-Entscheidung: Wer die Verfassung verhindert, behält den Vertrag von Nizza, von dem große Teile in die Verfassung eingeflossen sind. Aber auch dieser entspricht nicht unseren Vorstellungen von einem friedlichen, sozialen und demokratischen Europa. Ein einfaches „Nein zur Verfassung“ bringt uns also nicht weiter. Statt dessen ist es ratsam, „Weder-Noch“ zu sagen und anzufangen, ein friedliches, demokratisches und soziales Europa nach unseren Vorstellungen zu entwerfen - und uns mit konkreten Forderungen in die laufende Diskussion einbringen!

Anne Karrass

Von Anne Karras ist der AttacBasis-Text „Europa: lieber sozial als neoliberal“ neu erschienen (siehe Seite 27).

Europa und die Steuern:

Suche nach der Haltelinie im Steuerwettlauf nach unten

In kaum einem Bereich hat der europäische Binnenmarkt so negative Auswirkungen wie bei den Steuern auf Kapital.

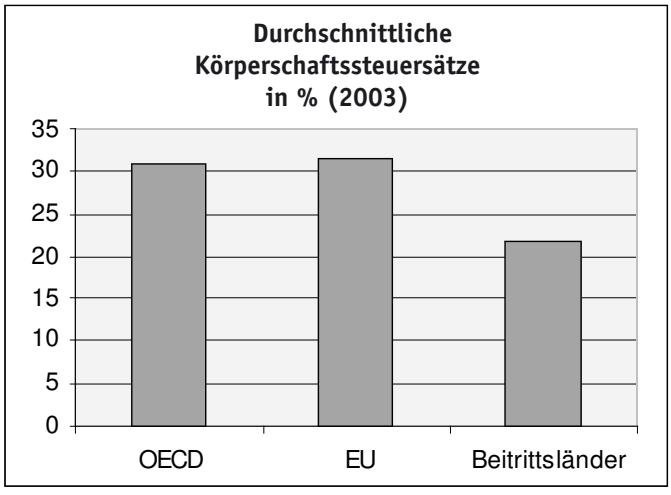
Beispiel Unternehmenssteuern

Die Steuersätze für Gewinne großer Kapitalgesellschaften befinden sich in freiem Fall; die Körperschaftssteuersätze sanken in den EU-Staaten zwischen 1980 und 2001 von durchschnittlich 44,8 % auf 31,8 %! Auch die Spitzensteuersätze der Einkommenssteuer, mit denen viele Personengesellschaften sowie hohe Einkommen von Privatpersonen besteuert werden, sind stark gefallen: von durchschnittlich 62,3 % in 1985 auf 48,3 % in 2001.

Beispiel Zinsbesteuerung

Immer mehr wohlhabende EU-BürgerInnen verwalten ihr Privatkapital im Ausland. Die anfallenden Zinsen bleiben in der Regel steuerfrei. Denn die meisten Staaten erheben keine Zinsabschlagsteuer von Steuer-AusländerInnen.

Die Folge: Steuern auf mobile Kapitaleinkünfte sinken; zum einen, weil sie nicht erhoben werden können, zum anderen, weil sie in einer Spirale nach unten abgesenkt werden. Diese Einnahmen fehlen dann für öffentliche Ausgaben. Mit den niedrigeren Steuern bei GroßverdienerInnen und Unternehmen leidet auch die allgemeine Steuermoral. Für die politischen Kräfte, die schon immer gegen öffentliche Einrichtungen waren, ist das ein gefundenes Fressen. Sie können nun leichter ihre Sozialabbaupläne durchzusetzen. Steuerflucht und Steuerkonkurrenz werden zum Hebel für Sozialabbau und neoliberale Ideologie.



Mit der Osterweiterung wird der EU-Steuersenkungswettlauf noch schlimmer. Die meisten Beitrittsländer haben niedrige Unternehmenssteuern, im Durchschnitt beträgt die Körperschaftssteuer nur 23,6 %.Weitere Senkungen sind auch in Osteuropa geplant.

Steuerpolitische Kooperation: Ein Trauerspiel

Die Alternative zur ruinösen Steuerkonkurrenz in der EU ist eine stärkere internationale Zusammenarbeit. Diese Diskussion tobt im Bereich der Steuerpolitik schon lange. 1992 etwa empfahl die hochrangige Kommission einen einheitlichen Mindeststeuersatz für die Großunternehmen von 30 %. Der Vorschlag wurde nicht verfolgt.

Bei der grenzüberschreitenden Besteuerung von Zinseinkünften wurde kürzlich ein weitgehend unwirksamer Fortschritt erzielt. Ab 1.1.2005 werden sich 12 Mitgliedsländer der EU gegenseitig über Zinseinkünfte ihrer BürgerInnen informieren, so dass die Steuerflucht unmöglich wird. Luxemburg, Österreich und Belgien wollten nicht mitmachen. Sie werden eine Zinsabschlagsteuer von 15 % erheben, die später auf 35 % ansteigt. Das steuerliche Bankgeheimnis bleibt. Steueroasen wie die Schweiz, die Kanalinseln, Gibraltar und San Marino wollen ebenso verfahren. Leider ist die öffentlich auch von der Bundesregierung vielgelobte Einigung fast wirkungslos. Denn erfasst werden nur Zinseinkünfte an Privatpersonen. Es genügt im Ausland eine Stiftung, einen Trust oder eine Kapitalgesellschaft zu gründen und schon kann die Steuerflucht weitergehen.

Fruchtlos war auch die Diskussion um die Aufhebung desEinstimmigkeitsgebots. Um auf europäischer Ebene im Bereich der Steuerpolitik eine Entscheidung zu fällen, ist derzeit eine einstimmige Entscheidung im Ministerrat notwendig. So können Länder wie Großbritannien, Luxemburg, Belgien oder Österreich als Veto-Spieler jeden echten Fortschritt blockieren. Frankreich und Deutschland forderten daher im EU-Verfassungskonvent die Aufhebung des Einstimmigkeitsgebots. Das scheiterte aber vor allem am Widerstand Großbritanniens.

Attac-Alternativen

Der Steuersenkungswettlauf muss aufhören. Durch europäische Regulierung wird allerdings wohl kaum zurückgeholt werden, was auf nationalstaatlicher Ebene schon aufgegeben wurde. Deshalb widersetzt sich Attac den laufenden Steuersenkungsplänen für Kapitaleinkünfte. Kapitaleinkünfte müssen genauso hoch besteuert werden wie Arbeitseinkünfte.

Auf europäischer Ebene fordern wir europäische Mindeststeuersätze für Kapitaleinfünfte, z.B. 30 % für die Körperschaftssteuer. Ferner muss das System gegenseitigen Informationsaustauschs auf alle EU-Länder und alle Kapitaleinkünfte ausgeweitet werden. Die bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen sollten gekündigt werden, um sie zur konsequenten Bekämpfung von Steuerflucht neu zu verhandeln. Das macht man am besten gemeinsam mit anderen entschlossenen Staaten. All dies muss auch von der Bundesregierung zur absoluten Priorität im europäischen Einigungsprozess gemacht werden. Wird darauf weiterhin verzichtet, werden sich die Kirchshofs und Merzs mit ihren unsozialen Steuerplänen auf Dauer durchsetzen. Damit wäre unserer Sozialstaatlichkeit die finanzielle Basis entzogen. Von allein wird die Bundessregierung dies wohl kaum tun. Zu sehr profitieren Vermögende und Konzerne von der jetzigen Situation. Nur durch Druck der BürgerInnen in Europa kann sich das ändern. Im „Internationalen Netzwerk Steuergerechtigkeit“ (www.taxjustice.net) haben sich nun die KritikerInnen organisiert. Die deutsche Sektion des Netzwerks wird im Mai 2004 gegründet.

Sven Giegold
Attac AG Steuerflucht und Steuerpolitik.

Mehr dazu im AttacBasisText Nr. 4: “Steueroasen trockenlegen“ (siehe Seite 27)

Open-Space-Konferenz zum Attac-Querschnittsthema EU

„Europa von unten“

Auf dem Ratschlag 2003 in Aachen hat Attac beschlossen, dass die EU dieses Jahr Querschnittsthema in allen Arbeitsbereichen sein soll. Gleichzeitig wurde das Vorhaben der bundesweiten Attac-EU-AG unterstützt, 2004 eine Konferenz zu diesem Querschnittsthema zu organisieren.

Das Ziel

Mit dieser Konferenz wollen wir Austausch, Vernetzung und Neugründung von Arbeitszusammenhängen innerhalb Attacs und seiner Mitgliedsorganisationen fördern, die sich in ihrer jeweiligen Arbeit kritisch mit der Rolle der EU auseinandersetzen.

Foto: Karsten Hennig

Open-Space: Miteinander Arbeiten als Alternative zur Frontalberieselung

Hintergründe

Es gibt praktisch keinen Politikbereich mehr, in dem die EU nicht eine wichtige Rolle spielt. Ob Sozialabbau, Handel, Privatisierung, Militarisierung oder Ökologie, überall ist die EU ein bedeutender Akteur. Oder: Ist die EU ein immer mächtigeres Instrument, mit dem die nationalen Regierungen und die Privatwirtschaft ihre Politik gegen wachsenden Widerstand in den eigenen Reihen und der Bevölkerung durchsetzen? Für Deutschland kommt erschwerend hinzu, dass die Bundesregierung als wirtschaftlich stärkstes Land in der EU entsprechenden Einfluss hat. Sie nimmt damit nicht nur bei uns wichtige Weichenstellungen vor, wie wir sie z.B. mit der Agenda 2010 zu spüren bekommen, sondern prägt auch Entscheidungen mit, die Auswirkungen auf das Leben der Menschen in anderen Ländern innerhalb und außerhalb der EU haben. Beispiele dafür sind die GATS-Forderungen oder der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt.

Mit der EU-Erweiterung, der Diskussion über eine europäische Verfassung und den Europawahlen stehen außerdem dieses Jahr drei Themen auf der Tagesordnung, die 2004 zu einem „europäischen Jahr“ machen.

Ort und Zeit

Von Freitag, dem 4. bis Sonntag, dem 6. Juni 2004 ist es soweit: Eine Woche vor den Europawahlen findet unsere EU-Konferenz in Berlin unter dem Motto „Europa von unten“ statt.

Veranstalter und Unterstützer

Veranstaltet wird der EU-Kongress von einem breiten Bündnis aus Organisationen der alten und neuen sozialen Bewegungen. Neben Attac haben bereits zahlreiche Gewerkschaften, Umweltverbände und Organisationen aus der Friedensbewegung und der Erwerbslosenbewegung ihre Teilnahme zugesagt. Treffen werden sich AktivistInnen, WissenschaftlerInnen und MitarbeiterInnen aus den unterstützenden Organisationen und ihrem Umfeld.

Ablauf

Die EU-Konferenz wird am Freitagabend mit einer großen Podiumsdiskussion beginnen, Samstag und Sonntag findet dann die Arbeit im Open-Space statt. Anders als bei herkömmlichen Kongressen gibt es keinen Frontalunterricht, sondern die TeilnehmerInnen stehen im Mittelpunkt. Auf Grundlage ihrer Themenvorschläge werden Arbeitsgruppen gebildet. Thematisch ist alles möglich, was einen Bezug zur EU hat, seien es Diskussionen zu strittigen Forderungen und Strategien, Planungen konkreter Aktionen oder die klassische Vermittlung von Bildung in Workshops: Neben dem Themenbezug zur EU ist die einzige Grenze das Interesse der TeilnehmerInnen.

Der Stand der Vorbereitungen

In den letzten Monaten haben wir einen breiten UnterstützerInnenkreis gewonnen, die Finanzierung sichergestellt und die Veranstaltungsräume gebucht. Damit unser Open-Space mit Leben gefüllt wird, kommt es jetzt darauf an, für eine erfolgreiche Mobilisierung zu sorgen. Dafür brauchen wir Eure Unterstützung! Meldet Euch bei uns und gebt diese Information weiter. Alle sind herzlich zu unserem nächsten Vorbereitungstreffen am Sonntag, dem 4. April 2004 um 10 Uhr in Berlin eingeladen, einen Tag nach den Großdemos am europäischen Aktionstag gegen Sozialabbau.

Emailkontakt: eu-ag@attac.de

Stephan Lindner, Attac-EU-AG

Was ist Open-Space ?

- Zu Beginn der Veranstaltung entscheiden die Anwesenden selbst, woran gearbeitet wird.
- Die Anwesenden entwickeln ihre Tagesordnung und Vorgehensweise im Rahmen des Gesamtthemas.
- Moderiert, geleitet, entschieden und inhaltlich gefüllt wird von den Teilnehmenden selbst.
- Bearbeitet wird nur das, was wirklich dran ist.
- Gearbeitet wird in Arbeitsgruppen, deren Größe, Zusammensetzung, Arbeitsweise und Dauer die TeilnehmerInnen selbst bestimmen.
- Arbeitsergebnisse und Verabredungen aus den Arbeitsgruppen werden laufend protokolliert und sofort allen anderen zur Verfügung gestellt.
- Aus den Arbeitsergebnissen entsteht eine Dokumentation, die alle vor Schluss der Veranstaltung in die Hand bekommen.
- Um sich wirksam einbringen zu können, ist die Anwesenheit über den ganzen Zeitraum erforderlich.
- Am Ende der Veranstaltung findet eine Handlungsplanung statt, bei der weitere Aktivitäten verabredet werden.
- Zwei Monate nach der Konferenz gibt es ein Nachbereitungstreffen, um weitere Schritte zu planen.

Mit Überraschungen und Spaß an der Arbeit ist zu rechnen.

WTO-Streitverfahren um genetisch veränderte Organismen

Protest auf Hoch- und Tomatentouren

Monate hatte von außen betrachtet Stillstand geherrscht. Doch nun mahlen die Mühlen der WTO-Justiz wieder. Am 23. Februar beauftragten die USA den Generalsekretär der WTO, nun endlich das Richtergremium, das sogenannte Panel, zu besetzen und bringen das Streitschlichtungsverfahren über die Zulassung von genetisch veränderten Pflanzensorten für den europäischen Markt wieder in Schwung.

Doch schon jetzt liegt die WTO weit hinter dem vorgesehenen Zeitplan. Ein Rückblick: Im Mai letzten Jahres reichten die USA, Kanada und Argentinien Klage ein. Die EU habe gegen WTO-Regeln verstoßen, weil sie schon seit 1998 keine neuen genetisch veränderten Organismen (GVO) mehr zulässt. Außerdem gibt es in einigen EU-Ländern Einfuhrverbote gegen schon zugelassene GVO, ohne dass die EU-Kommission diese bisher unterbinden konnte.

Seit dem 28. August 2003 trat das Verfahren jedoch auf der Stelle. Damals wurde das Panel etabliert. Warum dann sechs Monate vergingen, ohne dass drei bis fünf Handelsexperten als Panelisten ausgewählt wurden, wird, wie so oft bei der WTO, von einem dichten Schleier aus Intransparenz verhüllt.

Foto Attac Karlsruhe

Auf Europa-Tournee: Mit der Gen-Tomate sorgen AktivistInnen überall für großes Aufsehen.

Unterdessen schwankte das Moratorium für GVO in den letzten Wochen beträchtlich und könnte formal schon am 3. März durch die Zulassung des Genmais NK 603 fallen. Weitere Genpflanzen sind im Prüfungsverfahren. Auch der Druck, der von der WTO-Klage ausgeht, hat es den Pro-Gentechnik-Kräften in der EU, allen voran der EU-Kommission, ermöglicht, gegen den ausdrücklichen Wunsch von mehr als 70 % der VerbraucherInnen den Weg für Genprodukte nach Europa rechtlich zu ebnen. Doch noch ist es nicht zu spät. Ein VerbraucherInnen- und LandwirtInnen-Moratorium kann fortbestehen, auch wenn das rechtliche Moratorium fällt.

Um dafür zu werben und über das laufende WTO-Verfahren sowie die daran erkennbare Macht der WTO zu informieren, veranstalten Attac, BUND und BUNDjugend seit Anfang Februar eine Aktionstour mit einer 5m hohen aufblasbaren Gentomate. Bis Ende März wird sie in über 40 Städten zu sehen sein.

Schon jetzt ist der Erfolg dieser Aktion beeindruckend. Egal wo die Gentomate Station macht, wird von den Aktionen der Gruppen berichtet.

An diesen Erfolg anknüpfend muss der Protest nun weitergehen. Der 2. Attac-Schwerpunkt 2004, „Weltwirtschaft und Privatisierung“, hat sich explizit zum Ziel gesetzt, den Druck auf die WTO nach der gescheiterten Ministerkonferenz im vergangenen September in Cancun aufrecht zu erhalten. Ein Teilerfolg wurde kürzlich erreicht, als EU-Handelskommissar Pascal Lamy seinen KritikerInnen nachgab und ankündigte, das umstrittene Investitionsabkommen nicht länger im WTO-Rahmen zu verfolgen. Ein Schritt, den Entwicklungsländer, NGOs und Bewegungsakteure immer wieder gefordert hatten. Auch das Streitverfahren um GVO geht in den nächsten Monaten in eine entscheidende Phase. Wir müssen den Druck intensivieren.

Infos: www.GENug-WTO.de

Anke Auler, Cornelia Reetz

Aktiv werden!

Einspruch an die WTO: Hände weg von unserer Nahrung!

Unsere Forderungen:

1. Wir wollen wissen und wählen, was wir essen und anbauen. Dieses Recht darf die WTO uns nicht nehmen.
2. Die WTO darf die EU und andere Länder nicht daran hindern, ihre BürgerInnen und die Umwelt vor den Risiken der Gentechnik zu schützen.
3. Die WTO muss die Klage der USA, von Argentinien und Kanada ablehnen.

Unterschrift Name, Anschrift, E-Mail

Bitte Rücksenden an:
GENug-WTO * c/o BUND, Daniel Mittler
Am Köllnischen Park 1 * 10179 Berlin
www.GENug-WTO.de/einspruch

„Kein Patent auf Leben“

Argumente im Streit um die Umsetzung der Biopatentrichtlinie

Im Bundestag steht mal wieder die Umsetzung der EU-Biopatentrichtlinie in deutsches Recht an. Seit 1998 verhindert öffentlicher Druck diese Umsetzung. Warum? Die Biopatentrichtlinie gewährt Patentschutz auf Gensequenzen. Dagegen sprechen insbesondere drei Gründe:

Patentrecht fördert Tablettenmedizin

Patente sind zeitlich beschränkte Monopolrechte (Ausschlussrechte) zur wirtschaftlichen Verwertung einer Erfindung. Das Patentrecht beeinflusst Forschung, Entwicklung und Marketing. So wird medizinische Forschung in erster Linie für Medikamente und medizinische Geräte betrieben - weil es dafür Patente gibt. Für Heil- und medizinische Verfahren oder Kuren gibt es keine Patente, sie werden weniger gefördert. Das Gleiche gilt für die Bekämpfung seltener oder tropischer Krankheiten, weil Patente die Entwicklungskosten nicht einspielen würden. Patentschutz auch für medizinische Verfahren heißt aber, den Teufel mit dem Beelzebub austreiben: Die Biopatentrichtlinie gewährt Schutz für gentechnische Verfahren und treibt den Kreislauf der wirtschaftlichen Patentverwertung aus Geheimhaltung vor Anmeldung und Lizenzgebühren weiter. Bisher haben ÄrztInnen neue Verfahren gemeinsam entwickelt.

Patente auf Gensequenzen fördern Lizenzmonopoly

Gentechnische Ansätze bieten trotz der Auswüchse des Patentsystems Hoffnung im Kampf gegen Krankheiten wie AIDS. Die Biopatentrichtlinie fördert aber auch hier nicht die Forschung, sondern nur den Patentbetrieb.

In lebenden Zellen werden Eiweiße in Übersetzung des genetischen Codes (der Gensequenzen) gebildet. Eiweiße sind als chemische Steuerungsinstrumente Grundlage des Lebens. Bisher kennt man nur die Buchstaben des Codes, nicht die Grammatik. Ein Grund dafür ist, dass eine Gensequenz viele verschiedene Funktionen haben kann, je nachdem, wie die Zelle sie ausliest.

Patentschutz wird nun für die Gensequenz an sich erteilt, sobald auch nur eine einzige Funktion benannt werden kann. Der Anmelder dieses Patents hat dann das Recht, von den Anmeldern weiterer Funktionen Lizenzgebühren zu verlangen. Große Unternehmen werden Gensequenz-Patente sammeln, um Verhandlungsmacht für Lizenzstreitigkeiten aufzubauen. Kleine Unternehmen werden im Bereich geschützter Sequenzen gar nicht forschen, weil sie sich das nicht leisten können. Nur neue Verfahren zur Herstellung eines Eiweißes sollten Patentschutz erhalten - Gensequenzen an sich sind nicht neu, also nicht patentfähig. Für sie kann es keinen Schutz geben.

Biopatente fördern Biopiraterie

Die Biopiraterie durch planmäßige Auswertung genetischer Ressourcen des Südens zur patentrechtlichen Verwertung in Europa wird befördert, da Biopiraten Patentschutz in Europa erhalten. Indigene Völker, die traditionelles Wissen bewahrt haben, haben nichts davon. Das Patentrecht ist zwar nicht geeignet, einen Ausgleich zwischen traditionellem Wissen und produktförmiger Verwertung dieses Wissens herzustellen, die einseitige Förderung der Biopiraterie ist aber auf jeden Fall abzulehnen.

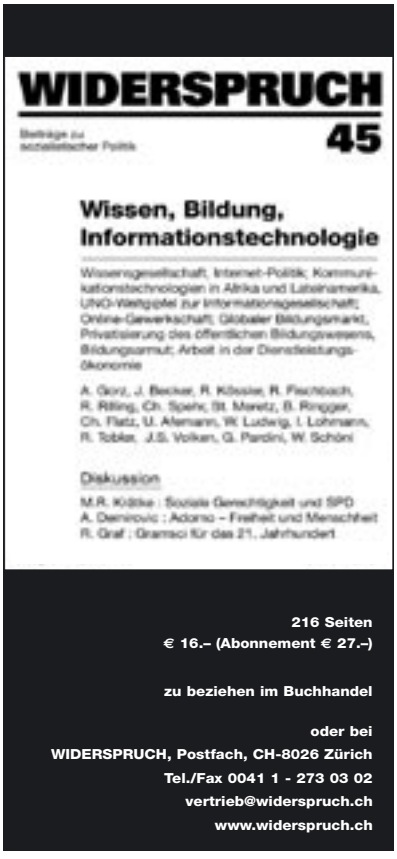
Was fordern?

Die Biopatentrichtlinie darf nicht in deutsches Recht umgesetzt werden. Zwar erkennen die Patentämter Patente auf Gensequenzen schon seit Jahren an, die Umsetzung wäre dennoch fatal.Lizenzmonopoly und Biopiraterie erhielten Auftrieb, die Fehlsteuerung des Patentrechts würde verstärkt. Stattdessen sollte sich Deutschland im Rahmen der Europäischen Union für eine Aufhebung der Richtlinie stark machen.

Was tun?

Die Attac-Arbeitsgemeinschaft „Wissensallmende und freier Informationsfluss“ wird gemeinsam mit der BUKO Biopiraterie-Kampagne gegen die Umsetzung der Richtlinie protestieren. Einzelheiten dazu sowie eine Linkliste zum Thema auf der Website www.attac.de/wissensallmende. Die AG beschäftigt sich mit globalisierten geistigen Kontrollrechten (Patent, Copyright) und Alternativen (Freie Software, traditioneller Saatguttausch). Wissen kann man teilen und Information frei fließen lassen - warum sollten wir es also nicht tun?

Robert Leisner, leisner@attac.de
Attac-AG Wissensallmende
und freier Informationsfluss



Zu „Open Source“ kommt „Open Content“

Freie Software wie Linux ist als Beispiel für die freie Entwicklung und Verbreitung von Wissen anerkannt. Genauso wichtig ist es, Wissen in Form von Texten, Musik oder Bildern mit den Möglichkeiten des Internets frei zu verbreiten. Unter dem Schlagwort „Open Content“ gibt es mittlerweile viele Modelle, innerhalb des geltenden Rechts die verschärften Einschränkungen des Urheberrechts auszuschließen.

Einer der spannendsten Ansätze sind Creative-Commons-Lizenzen, eine Sammlung von Lizenzen, unter denen die UrheberInnen ihre Werke ganz oder teilweise freigeben können. Die AG Wissensallmende und freier Informationsfluss hat dazu eine Initiative gestartet, um alle Attac-Texte, -Photos und -Tondokumente, für die wir die entsprechenden Recht haben, unter Creative-Commons-Lizenzen frei verfügbar zu machen.

Mehr dazu unter www.attac.de/wissensallmende bzw. www.creativecommons.org

Oliver Moldenhauer, oliver@attac.de

Debatte

Sozialforen als angemessene Form für neue soziale Bewegungen

Mehr als 100.000 Menschen nahmenan Weltsozialforum im Mumbai teil

Seit einigen Jahren entstehen in vielen Ländern auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene Sozialforen. Große Öffentlichkeitswirksamkeit hat das Weltsozialforum erzielt, das als Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum 2001 bis 2003 drei Mal im brasilianischen Porto Alegre und im Januar diesen Jahres in Mumbai stattfand. Inzwischen gibt es auch kontinentale Foren, so z.B. das Europäische Sozialforum, das 2002 erstmals in Florenz und 2003 in Paris mit großem Erfolg durchgeführt wurde. Auch in der Bundesrepublik sind in einigen Städten Sozialforen entstanden, und es gibt seit mehr als einem Jahr Bemühungen, ein deutsches Sozialforum zu bilden.

Forum der Zivilgesellschaft

Eigentlich ist der Name Sozialforum etwas irreführend. Wenn wir „sozial" hören, assoziieren wir Sozialpolitik und denken an Sozialhilfe, Kindergärten und Altenpflege. Da die Idee des Sozialforums ein Importartikel ist, wurde das „social" aus den romanischen Sprachen oder dem Englischen einfach mit „sozial" übersetzt. In diesen Sprachen heißt „social" aber „gesellschaftlich". Gemeint ist tatsächlich „zivilgesellschaftlich", d.h., es wäre besser gewesen, es hätte sich der Begriff „Forum der Zivilgesellschaft" etabliert.

„Forum der Zivilgesellschaft" - damit werden bereits einige Elemente der Idee hinter dem Konzept der Sozialforen deutlich. Forum, das ist der zentrale öffentliche Raum des antiken Gemeinwesens. Das bekannteste ist das antike Forum Romanum, dessen Ruinen man heute noch in Rom besichtigen kann. Auf dem Forum oder in den dort stehenden Räumen, z.B. dem Senat, fanden Versammlungen statt, wurde diskutiert, bildete sich „öffentliche Meinung". Das Forum ist die Öffentlichkeit eines Gemeinwesens par excellence. Zu ihr haben - idealtypisch - alle Mitglieder des Gemeinwesens Zugang, an ihr können alle teilhaben. Insofern ist das Forum der Raum, in dem sich die Grundlagen von Demokratie - Information, Dialog, Diskussion, Meinungsbildung - entfalten können.

In diesem Sinne ist das Sozialforum ein Diskursraum, in dem Bürgerinnen und Bürger als engagierte Einzelpersonen, Initiativen, Nichtregierungsorganisationen, Vereine und all die anderen zivilgesellschaftlichen Akteure zusammenkommen, um eine Öffentlichkeit zu konstituieren und Probleme von allgemeinem Interesse zu diskutieren und nach Umsetzungsmöglichkeiten zu suchen.

Pluralität in Grenzen

Damit ist auch definiert, was ein Forum der Zivilgesellschaft nicht ist: Es ist kein Kampfverband Gleichgesinnter, keine Partei, auch kein Parteiersatz, kein Wahlbündnis, keine NGO, kein Verein, aber auch keine Bewegung. Es ist ein Raum, in dem politisch, ideologisch-weltanschaulich und kulturell sehr verschiedene Kräfte zusammenkommen. Dabei ist die Pluralität nicht grenzenlos. Ein wenigstens vage vorhandenes Grundinteresse in Richtung emanzipatorischer Veränderung der Gesellschaft und eine Abgrenzung gegen antihumanistische Ideologien wie Rassismus, Antisemitismus etc. liegt immer vor.

Begrenzte Handlungsfähigkeit

Ob ein solches Forum ein politisch produktives Unternehmen wird, hängt von den Rahmenbedingungen ab. Wenn das emanzipatorische Lager zersplittert ist, ein überlegenes Zentrum fehlt und/oder emanzipatorische Politik im parlamentarischen System nicht vertreten ist, kann ein Forum eine wichtige Rolle als Katalysator für Selbstverständigungs- und Selbstorganisationsprozesse sein. Genau eine solche Situation haben wir gegenwärtig in der Bundesrepublik: eine schwache Linke, die Gewerkschaften in der Defensive, ehemals linke Parteien, die jetzt in der Regierung eine knallhart neoliberale Politik betreiben, die parlamentarische Opposition steht rechts und die PDS ist in einer Krise, von der nicht absehbar ist, ob sie sich je davon erholen wird. Auf der anderen Seite wächst die Unzufriedenheit in der Bevölkerung ebenso wie die objektive Notwendigkeit einer anderen Politik.

Freilich ist die Handlungsfähigkeit von Sozialforen sehr begrenzt. Ihre Stärke ist es eben Diskursraum zu sein. Daraus können sich einzelne Akteure oder Koalitionen herausbilden, die dann auch zur Aktion kommen. Mit anderen Worten: Sozialforen sind gegenwärtig für eine sich formierende, neue soziale Bewegung eine adäquate Form. Das letzte Wort der Geschichte sind sie aber nicht.

Peter Wahl

Mitglied im Attac-Koordinierungskreis

Debatte

Viele Stolpersteine für Sozialforen

Die Frage: „Was ist ein Sozialforum?“ von mancher lokalen Sozialforums-Initiative in Deutschland selbst gestellt und beantwortet, kann sinnvoll nur im Plural formuliert werden. So heterogen bereits in Deutschland Zusammensetzung, Arbeitsweisen und politische Ziele der über 30 lokalen Sozialforen wirken, so unterschiedlich sind WSF und ESF im Vergleich zu den lokalen Sozialforen. Einige Gründe seien hier genannt. Das World Social Forum (WSF) von Porto Alegre, Namensgeber und Inspirator der SozialforumS-Idee, hat den Charakter eines nicht kontinuierlichen weltweiten Austausch- und Vernetzungstreffens. In Porto Alegre wie nun in Mumbai stellte sich real eine Mischung aus VertreterInnen oft international agierender NGOs, Gewerkschaften, Basisbewegungen und dem gesamten politischen Mikrokosmos, der national und teilweise auch auf dem betreffenden Subkontinent (bspw. Südamerika resp. Indien) existiert, ein. Trotz vielfältiger, teils berechtigter, oft gegensätzlicher Kritik (Funktionärstreffen, Karneval der Marginalisierten, Ablehnung radikaler Gruppierungen) hat sich die Idee des WSF als politischer Raum bisher bewährt und scheint für Weiterentwicklungen offen. So war etwa das WSF in Mumbai nach übereinstimmenden Berichten dadurch geprägt, dass neben den internationalen TeilnehmerInnen in beeindruckender Stärke die in Indien unmittelbar von Ausbeutung, ethnischer oder patriarchaler Gewalt Betroffenen anwesend waren und direkt sprechen konnten. Vermutlich ermöglichen solche Erfahrungen den AktivistInnen aus den reicheren Ländern wichtige Lernprozesse für einen tatsächlich international konzipierten Kampf gegen den neoliberal genannten Kapitalismus. Bisher jedenfalls wirkt die Dynamik des WSF keineswegs erlahmt.

WSF fördert Austausch - ESF droht zu stagnieren

Problematischer erscheint im Moment die Entwicklung des Europäischen Sozialforums (ESF). Nach dem Treffen in Paris schien vor allem die Frage auf der Tagesordnung, wie es gelingen könnte, künftig die Gewichte so zu verschieben, dass zum einen eine Institutionalisierung und politische Zähmung des ESF verhindert werden kann. Zum anderen stünde eine qualitative Änderung der Formen auf der Tagesordnung: Zu oft waren Podien und Seminare Deklamationsveranstaltungen mehr oder weniger bekannter, häufig aus ideologisch klar festgezurrten Strukturen kommender Redner (weniger Rednerinnen). In Frontalunterricht gingen fünf, sechs Beiträge aufs Publikum nieder, bei denen allzu oft kein inhaltlicher Bezug, kein solidarisches Streiten und Durchdiskutieren unterschiedlicher Konzepte erkennbar war. Bei manchem Podiums-Teilnehmer schien es, als sei vollkommen beliebig, wer noch mit auf dem Podium sitzt: Günstigsten Falls konnte mensch etwas über konkrete Bedingungen, Gesetzeslagen und Kräfteverhältnisse in einem anderen europäischen Staat über spezifische Themen wie Bildung, Gesundheit o.ä. mitnehmen.

Bisher ungeklärte Rolle des Sozialforums in Deutschland

Auf nationaler Ebene wird in den kommenden Monaten das Verhältnis zwischen den über dreißig lokalen Sozialforen in Deutschland und einer von vielen gewollten Dachstruktur, einem Deutschen Sozial Forum (DSF), zu klären sein. Bisher hat eine Gruppe der „Initiative für ein Sozialforum in Deutschland“ in solidarischer Weise die notwendige Arbeit der Vorbereitung, Logistik und Mobilisierung für die WSF- und ESF-Treffen übernommen, andere haben erste Vernetzungstreffen für die lokalen Sozialforen vorbereitet.

Welche Rolle und Funktion ein nationales DSF darüber hinaus sinnvoll einnehmen könnte, ist ungeklärt. Relativ unstrittig ist das Bedürfnis, die lokalen Sozial Foren stärker zu vernetzen.

Deren Zusammensetzung und Praxis differieren erheblich. Generell gilt, dass die globalisierungskritisch-internationalistischen Inhalte der WSF-Ebene oder das Verhältnis von armen und reichen Ländern im globalen Kapitalismus meist eine untergeordnete Rolle spielen. Es dominieren die Themen nationalen Sozialabbaus und deren lokale Auswirkungen. Die meisten Gruppen, aber keineswegs alle, streben eine kontinuierliche Praxis an.

Aus der Perspektive eines undogmatisch radikalen Linken liegt in einer DSF-Gründung als politischem Subjekt und nationalem Akteur die Gefahr, dass dort vorgeblich für andere gesprochen und für das ESF entschieden werden soll. Es geht bei der DSF-Gründung um die Frage: Kann eine solche überregionale Struktur demokratisch von unten initiiert - und dauerhaft aufrechterhalten - werden? Oder wird sie zu einer Gründung von oben, in der die Zusammensetzung wenig demokratisch dadurch bestimmt wird, welche Strömung/ Organisation Geld, Kraft und Zeit hat, „Reisekader“ zu schicken? Und dient sie der Vorbereitung eines Kongresses oder der Vernetzung oder beidem? Es gibt eine Tendenz, das DSF als Akteur und nicht als Raum zu wollen. Wenn ein solches DSF jedoch die gesamte politische Breite der Bewegung von gewerkschaftlich oder kirchlich reformerischer Mitte, unorganisierten Betroffenen bis hin zur radikalen Linken nicht abbildet, dann droht das DSF zum tönernen Riesen - oder Zwerg zu werden.

Dieter Hartmann
Initiative für ein Berliner Sozialforum

Krafttanken für die nächsten Aktionen.
Hochmotivierte TeilnehmerInnen am Ende des Europäischen Sozialforums in Paris :

Wir sind überall – das Aktionsnetz in Attac

WIR SIND HIER UND WIR SIND LAUT

Ob auf der SPD-Zentrale der Sozialstaat erhängt wird, die Studies das Büro des Berliner Finanzsenators Flierl besetzen oder Banner gegen den Krieg von Kirchen prangen: Attacies sind überall im Bundesgebiet in vorderster Front aktiv.

Foto: AP/ Projektgruppe Agenda 2010 Berlin

Spektakuläre Abseilaktion vom Dach der SPD-Bundeszentrale im Sommer 2003

Nach der großen und medial sehr erfolgreichen Kletteraktion gegen die Agenda 2010 auf dem Willy-Brandt-Haus im vergangenen Sommer in Berlin haben sich viele von uns kreativ und laut an den Studierendenprotesten beteiligt. Aber auch beim Castor waren viele von uns und immer wieder mit kleinen und großen, ungewöhnlichen und spaßigen Aktionen gegen die Kürzungen im Sozialbereich dabei.

DAS AKTIONSNETZ – VERNETZEN, LERNEN, SELBERMACHEN

Auf die Buntheit dieser Proteste hat unsere alte Form einer bundesweiten Aktionsgruppe nicht mehr gepasst. Deshalb haben wir uns verändert und ein lockeres Netzwerk aus Aktiven und aktionsorientierten Gruppen gebildet. Unser Ziel ist es, Aktive zu vernetzen, selbst zu lernen, unser Wissen weiterzugeben und vor allem unsere Anliegen in die Öffentlichkeit zu tragen.

In Berlin beispielsweise hat sich eine lockere attacnahe Aktionsgruppe von etwa 20 Aktiven gebildet. Das monatliche Treffen dient dazu sich untereinander kennenzulernen, Erfahrungen auszutauschen, Techniken weiterzugeben und Mitstreiter für Aktionen zu gewinnen. Alle drei Monate treffen wir uns in der Attac-Villa in Könnern mit anderen Aktiven aus der Region „Ost“ zum Klettern, Blocken, Planen und einfach Spaß zusammen haben.

Wir würden uns wünschen, dass ähnliche Zusammenhänge auch in anderen Regionen entstehen.

AKTIONEN BRAUCHEN UNTERSTÜTZUNG

Aktionen brauchen vor allem eins: viele Menschen, die dahinterstehen. Für diejenigen, die selbst Lust haben mal in den Aktionsbereich hineinzuschnuppern, veranstalten wir vom 19. bis 23. Mai in Marburg die mittlerweile schon 3. Attac-Aktionsakademie.

Daneben kann man uns aber auch „buchen“: entweder als ReferentInnen oder als HelferInnen bei großen und kleinen Aktionen in den Regionalgruppen und Kampagnen.

Und last but not least: Spektakuläre Aktionen können wir nur machen, wenn wir rechtlich abgesichert sind. Der Rechtshilfefond ist derzeit noch ziemlich leer. Wir freuen uns über jede Unterstützung.

Kontakt:
Stephanie Handtmann im Attac-Büro, Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt
069 - 900281-22, handtmann@attac.de

Heike Prietzel

Gute Aktionen fallen nicht vom Himmel...

Attac-Aktionsakademie 19. bis 23.5.2004 in Marburg

... aber eine Aktion auf die Beine zu stellen ist auch kein Hexenwerk!

Straßentheater, Demonstration, Blockade, ziviler Ungehorsam, Kletteraktion mit Bannerhanging, „Besuche“ bei Parteien oder anderen politischen Gegnern, Online-Aktionen, Bürgerbegehren - all diese Aktionsformen und noch viele mehr gehören zum Spektrum von Attac.

Gute Aktionen werden öffentlich wahr genommen - sie machen unsere Argumente sichtbar und verleihen unseren Forderungen Nachdruck. Doch als drittes Standbein unserer politschen Arbeit neben Bildung und Expertise ist der Bereich Aktion noch ausbaufähig.

Wir wollen die Aktionsfähigkeit von Attac stärken: Auf der ersten bundesweiten Aktionsakademie können sich Leute aus Attac-Gruppen fit für Aktionen vor Ort machen. Es werden Aktionsgrundlagen gelegt, Techniken und Methoden eingeübt, kreative Formen der Umsetzung unserer politischen Forderungen erarbeitet und Attac-typische Aktionsformen weiter entwickelt.
Das Angebot richtet sich an alle, die ihr Aktions-Know-how stärken möchten, Neues lernen und das erworbene Wissen gemeinsam mit der Gruppe vor Ort umsetzen wollen.

Foto: Karsten Hennig

Infos bei:
Stephanie Handtmann im Attac-Büro, Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt/
069 - 900281-22, handtmann@attac.de

Vorläufiges Programm der Aktionsakademie vom 19. bis 23. Mai in Marburg

Vormittags-Workshops

Aktionen für Erfahrene: Ideenentwicklung, Aktionsplanung, Zielsetzung, Einbringen in die lokale Gruppe, Aktionsdesign, Auswertung

Aktionen für EinsteigerInnen

Grundlagen der gewaltfreien Aktion: Blockade, Deeskalation, Umgang mit der Polizei, Ziviler Ungehorsam und seine Weiterentwicklung bei Attac, Theater: „Theater der Unterdrückten", Straßentheater, unsichtbares Theater usw., Kreative Theater-Aktionsfindung mit allen Sinnen, Klettern für AnfängerInnen , Internetaktionen, Pappmachee-Puppenbau

Nachmittags-Workshops

Kampagnenplanung, Kommunikationstraining, Aktionsfotos, Rechtliches und Attac-Rechtshilfefonds, konsumkritische Mitmachaktionen und globalisierungskritischer Stadtrundgang, Rollenspiel als Methode zur Vorbereitung von Aktionen, Argumentationstraining, Aktionsplanung für EinsteigerInnen, Demo-Animation, Schnupperklettern, Klettern für Profis, „Adbusting", Aktionstypen in anderen Ländern (mit ausländischen Gästen), Umgang mit Presse, Pressearbeit, Artistik, Stelzenlaufen, Bannerwerkstatt, Finanzierung von Aktionen, Umgang mit Verschlüsselungstechniken, Recherche

Weitere Programm-Highlights:

Podiumsdiskussion: „Sitzblockaden, Massendemo oder Straßentheater – das Aktionsprofil von Attac" mit Jochen Stay (angefragt), N.N. von Greenpeace und N.N. (JournalistIn)

Open-Space - wir vernetzen unsere Aktionen

Planspiel mit allen TeilnehmerInnen

Anreise bitte Mittwochabend

Unterkunft:
In mitgebrachten Zelten, Privatunterkünfte auf Anfrage

Teilnahmegebühren:
50 €uro, ermäßigt 30 €uro

Heike Prietzel

Kommentar

Basis ausweiten - Lokalgruppen stärken

Erfolg mit welcher Substanz?

Der Erfolg unserer Attac-Bewegung ist ungebrochen. Wir haben weiterhin großen Mitgliederzulauf und unser Gewicht in der öffentlichen Meinung steigt. Dazu haben unsere Rolle als außerparlamentarische Opposition gegen Rot-Grün insbesondere nach der großen Demonstration gegen den sozialen Kahlschlag am 1.11. und unsere stärkere Orientierung auf die negativen Auswirkungen der neoliberalen Politik in Deutschland beigetragen.

Dabei steht die Entwicklung der Basis-Struktur in keinem Verhältnis zur öffentlichen Wahrnehmung von Attac. Die meisten Attac-Gruppen stagnieren sowohl in der Anzahl der engagierten Leute als auch in ihrer politischen Aktionsfähigkeit. Wenn sich die Gruppen mit ihren Kommunikations- und Arbeitsstrukturen nicht darauf einstellen, kann der Erfolg zum Pyrrhussieg werden. Basiert unser Erfolg im Wesentlichen auf der Wahrnehmung durch Medienpräsenz, geraten wir zwangsläufig in eine repräsentative Rolle. Das heißt, wir haben zwar keine Bewegung bei uns, sprechen aber für sie. Eine solche Repräsentations- oder Avantgarde-Rolle in der sozialen Bewegung ist gefährlich: Sie hat bisher immer zur Entfremdung von Repräsentierten und Repräsentanten geführt.

Mögliche Ursachen

Nach den Protesten gegen den G8-Gipfel in Genua wurde Attac für viele, die bei und mit Attac „etwas tun" wollten, attraktiv. Aus dieser Initialzündung haben sich mittlerweile über 200 lokale Gruppen gebildet, das politische Haupt-Arbeitsfeld für die meisten Attacies.

In den Gruppen treffen Leute aus verschiedenen Generationen mit sehr unterschiedlichen Hintergründen aufeinander, die neue Kultur der Zusammenarbeit bei der Heterogenität des Attac-Pluralismus ist eine unserer großen Stärken. Wo Pluralismus stärker gelebt wird, sind die Gruppen meist größer und lebhafter. Wo aber die Unterschiede zu einer anhaltenden konfrontativen Konstellation führen, mitunter verstärkt durch Machtspielchen, leidet die Gruppe sehr stark darunter. Vielerorts ziehen sich wichtige AkteurInnen ganz zurück und nicht wenige, die ihre Zeit nicht mit fruchtlosen Diskussionen verbringen wollen, bleiben nach dem ersten Plenumskontakt wieder weg.

Insgesamt sehen wir aber deutliche Fortschritte: Auf dem letzten Ratschlag in Aachen konnte mensch sehen, dass auch gerade kleinere und neue Attac-Gruppen viel Selbstbewusstsein, Routine und Sicherheit gewonnen haben. Das deutet darauf hin, dass sich im Laufe des letzten Jahres Attac-Gruppen in vielen auch kleineren Orte stabilisiert und an Substanz gewonnen haben. Stabilisierung ist für die gesamte Bewegung enorm wichtig, birgt aber auch Probleme: In eingespielten und routinierten Gruppen ist es für neue Mitglieder schwieriger, in die Arbeit einzusteigen und Verantwortung zu übernehmen. Ab einer gewissen Gruppengröße wird eine ausführliche und offene Kommunikation mit allen, insbesondere mit Neuen, häufig zum Stolperstein.

Das Bild von Attac als Erfolgsprojekt von smarten, weltoffenen, professionellen AkteurInnen mit weitem Horizont birgt eine weitere Gefahr: „Attac ist das, was Du selbst daraus machst" - dieses Motto greift heute viel weniger als zu Beginn der Bewegung. Viele Attac-Interessierte sind von einer Konsumhaltung geprägt - verständlich mit Blick auf das Leben in einer kapitalistischen Gesellschaft. Attac als „Bildungsanbieter" mit professionell organisierter „Aktionsabteilung" - dieses Bild ist in vielen Köpfen fest verankert. Hier müssen wir eine Balance zwischen der Wirkung nach außen und der Arbeitsweise in den lokalen Gruppen finden und durch unsere Arbeit bewußt machen, dass Attac nur dann eine wirklich starke Bewegung wird, wenn jedeR Einzelne aktiv dazu beiträgt und sich mit seinen Fähigkeiten einbringt.

Chancen ergreifen

Der 3. April wird bei allen bündnispolitischen Schwierigkeiten ein wichtiger Erfolg werden. Die Menschen werden ermutigt, die neoliberalen Zumutungen nicht als naturgegeben hinzunehmen, sondern sich dagegen zu wehren. Immer mehr Menschen werden nach politischen Räumen suchen, in denen sie kritisch denken und handeln können. Attac ist hier die erste Adresse.

Für uns heißt das, unsere Gruppen weiter zu öffnen und zu stärken. Es muss darum gehen, dass viel mehr Menschen bei uns Mitstreiter/innen finden, um ihr kritisches Denken und oppositionelles Handeln gemeinsam organisieren zu können. Der kommende Ratschlag vom 7. bis 9. Mai in Essen ist eine gute Gelegenheit, Konzepte zu entwickeln und noch mehr Menschen einzuladen, sich an der Entwicklung der Bewegung zu beteiligen. Es wäre schön, wenn diese Diskussion und eine kritische Bestandsaufnahme in den Attac-Gruppen so früh wie möglich beginnt.

Pedram Shayar

17. - 19.10.2003: Attac-Ratschlag in Aachen

Rat und Koordinierungskreis neu gewählt

Vom 17. bis 19. Oktober 2003 fand der letzte Attac-Ratschlag in Aachen statt. Auf diesem Ratschlag, an dem 350 Menschen teilnahmen, wurden der Attac-Rat und der Koordinierungskreis (KoKreis) neu gewählt. Beschlossen wurden außerdem zwei zentrale Attac-Schwerpunkte für das Jahr 2004: Sozial-Kahlschlag und Weltwirtschaft.

Foto: Malte Kreutzfeldt

Rund 350 Attacies nutzten in Aachen die Gelegenheit, über Strukturen und Arbeitsschwerpunkte von Attac mitzubestimmen.

Der neu gewählte Attac-Koordinierungskreis:

Hugo Braun, Euromärsche, 0211-674980, braun@attac.de

Lena Bröckl, Attac Berlin, 0178-5101099, lena@attacberlin.de

Elisabeth Diehl, Attac Freiburg, 0761-6963976, attac@elisabethdiehl.de

Sven Giegold, BUND, 04231-957590 (d), giegold@attac.de

Kurt Haymann, Attac München, 089-3617173, kurt-haymann@t-online.de

Philipp Hersel, Blue21, 030-6946101 (d), philipp.hersel@blue21.de

Dr. Harald Klimenta, AG soziale Sicherungssysteme, klimenta@attac.de

Hardy Krampertz, Attac Frankfurt/Main, krampertz@attac.de

Astrid Kraus, Attac Köln, 0221-9328689, astrid_kraus_k@web.de

Oliver Moldenhauer, AG Welthandel/WTO, 0163-3071523, moldenhauer@attac.de

Lars Niggemeyer, Attac Hannover, lars.niggemeyer@stud.uni-hannover.de

Ilona Plattner, FrauenNetz Attac, 0251-7130677, ilona.plattner@attac.de

Werner Rätz, ila, 0228-658613 (d), 0228-212222 (p), werner.raetz@t-online.de

Ansgar Rannenberg, Attac Magdeburg, 0391-7331456, a.rannenberg@freenet.de

Kerstin Sack, Attac Hagen, 02331-331396, kerstin.sack@web.de

Berit Schröder, DGB-Jugend, 030-24639-350 (d), 0170-6364574, berit.schroeder@igbau.de

Pedram Shayar, Attac Berlin, besserals68@yahoo.de

Peter Wahl, WEED, 030-2758 2616 (d), peter.wahl@weed-online.org

Was ist der Koordinierungskreis?

Der Kokreis vertritt Attac im Rahmen der politischen Beschlüsse von Attac-Rat und Ratschlag nach Außen und organisiert die Durchführung bundesweiter Aktionen und den internen Kommunikationsfluss. Er hat 21 Mitglieder: Zwölf VertreterInnen von Attac-Gruppen, sechs von Mitgliedsorganisationen und drei von bundesweiten Arbeitszusammenhängen. Gewählt werden die VertreterInnen einmal jährlich auf dem Ratschlag.

Der neu gewählte Attac-Rat:

Region Nord:
Anke Auler, Dörverden, 04231-957562, anke@attac.de
Peter Erlanson, Bremen, 04215-579834, Peter.Erlanson@web.de
Rasmus Grobe, Verden, 04231-677956, rgrobe@gmx.de
Sabine Lösing, Göttingen, 0551-705558, sabine.loesing@web.de
Claudius Pyka, Asendorf, 0171-6526942, c.pyka@web.de
Cornelia Reetz, Dörverden, 0178-3122766, reetz@attac.de

Region Süd:
Christoph Gran, Heidelberg, 06221-181491, christophgran@yahoo.com
Franz Groll, Gechingen, Franz.Groll@gmx.de
Annette Groth, Stuttgart, anngroth@gmx.de
Tomas Martin, Karlsruhe, 0721-843319, sitomartin@t-online.de
Wiltrud Renter, Regensburg, 0941-24758, wiltrud.renter@t-online.de
Angelika Shams, Calw, 07051-935675, angelika.shams@gmx.net

Region Ost:
Dorothea Härlin, Berlin, 030-6936515, dorothea@attacberlin.de
Kristin Heiniger, Könnern, 034691-52435, K_heininger@hotmail.com
Lutz Helm, Leipzig, 0341-9628373, frau.lutz@gmx.de
Anett Pfeiffer, Leipzig, 0341-6883853, anett@attac.de
Detlef Streich, Plauen, 03741-149178, streich.plauen@web.de
Peter Strothmann, Berlin, 030-8134185, p-strothmann@t-online.de

Region West:
Daniel Kah, Marburg, 06421-682737, Kah@stud-mailer.uni-marburg.de
Marei Pelzer, Frankfurt, Tel.: 069-2648864, marei.pelzer@gmx.de
Jacks Phillip, Köln, Tel.: 0221-8392475, philipp@jungdemokraten.org
Oliver Pye, Köln, Tel.: 0221-7129412, olly@attac.de

Organisationen:
Grüne Jugend, Felix Tintelnot, 0179-7745500, F.Tintelnot@berlin.de
Jungdemokraten/Junge Linke, Jörg Schindler, Lutherstadt-Wittenberg, 0179-1036721, joergschindler@attac.de
Jusos, Lars Jeschke, Bremen, 0421-2777613, lars.politik@gmx.net
linksruck, Werner Hallbauer, Berlin, 030-6160198, whalbauer@web.de
Medico International, Dr. Thomas Seibert, Frankfurt, 069-9443836, seibert@medico.de
Naturfreunde, Helmut Horst, Berin, 030-8817851, Adler.Horst@t-online.de
NROFrauenforum, Elke Grawert, Thedinghausen, 04204-5531, elke@callies.de
Pax Christi, Martin Herndlhofer, Bad Vilbel, 06101-2073, m.herndlhofer@paxchristi.de
Reformierter Bund, Martina Wasserloos-Strunk, 02161-651447, KuM.Strunk@gmx.de

Bundesweite Arbeitszusammenhänge:
BAGattac (Bundesweite Aktionsgruppe), Anke Auler, Dörverden, 04231-957562, anke@attac.de
EU-AG, Anne Karras, Hamburg, annekarrass@web.de
Globalisierung und Krieg, Angelika Shams, Calw, 07051-935675, angelika.shams@gmx.net
Globalisierung und Ökologie, Markus Steigenberger, Oldenburg, 0172-6183329, steigenberger@attac.de
Konzernentmachtung, Richard Schmid, Könnern, 034691-52435, richard@attac.de

Was ist der Attac-Rat?

Auf dem Ratschlag im Mai 2002 in Frankfurt/Main ist der Attac-Rat als höchstes Gremium zwischen den Ratschlägen gebildet worden. Er setzt sich aus 24 VertreterInnen aus den vier Regionen (jeweils 6 aus den Regionen Ost, West, Nord, Süd, jeweils quotiert), Vertreterinnen der bundesweiten Mitgliedsorganisationen von Attac, die nicht im KoKreis sind, VertreterInnen der bundesweiten Zusammenschlüsse von Attac sowie den Mitgliedern des Kokreises zusammen. **Kontakt zum Attac-Rat: attac-rat@attac.de**

Die Mailinglisten von Attac

Ran an die Netz-Infos!

Die Zahl der Attac-Mailinglisten wächst und wächst. Um alles Wichtige, was in Attac vor sich geht mitzubekommen, ohne von dieser Informationsflut erschlagen zu werden, sollte sorgfältig gewählt werden. Nicht alles ist für jede/n gleichermaßen interessant.

Was ist eine Mailingliste?

Eine Mailingliste ist nichts weiter als eine Sammlung von E-Mail-Adressen, die gemeinsam angeschrieben werden können. Dabei werden E-Mail-Adressen von Menschen zusammengefasst, die das Interesse für ein bestimmtes Thema teilen. Bei Attac gibt es die Möglichkeit, sich je nach Interesse in sehr viele verschiedene Mailinglisten einzutragen - das entspricht der Bezeichnung „Mailingliste abonnieren“, die manchmal zu Verwirrungen führt. Diese Abonnements sind kostenlos.

Welche unterschiedlichen Mailinglisten gibt es?

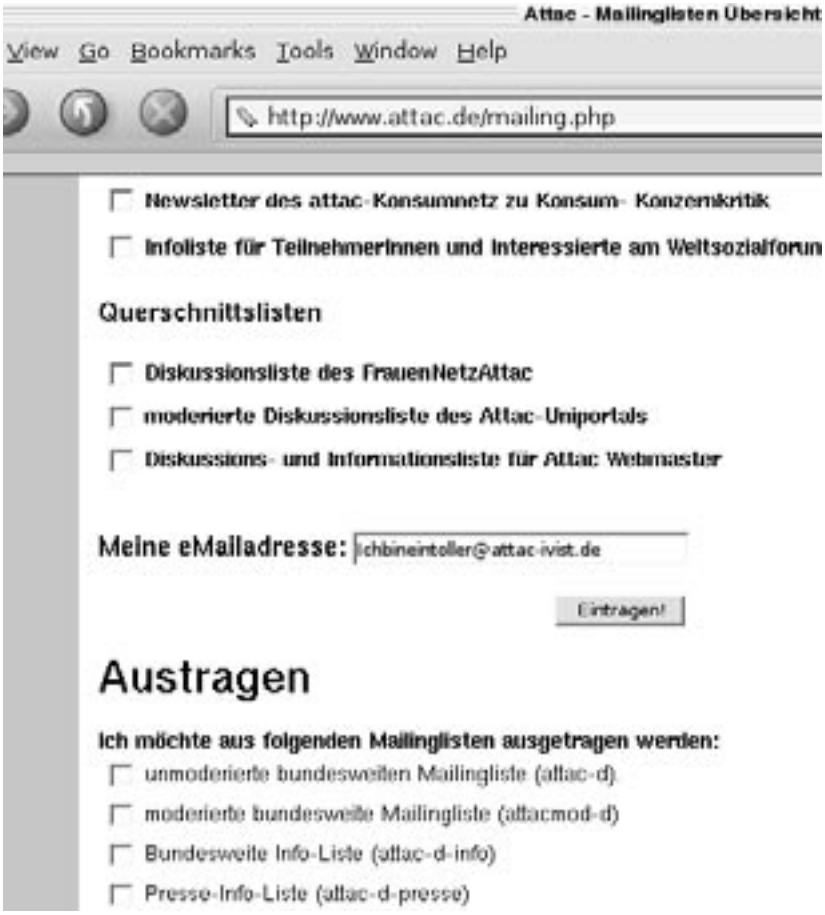
Es gibt reine Informationslisten sowie Listen, auf denen diskutiert werden kann.

Über **Informationslisten** laufen die Mails nur von meist einem/einer Administrator/in zu den EmpfängerInnen - und nicht umgekehrt. Die Zahl der Mails, die über solche Listen laufen, ist in der Regel sehr überschaubar.

Über **Diskussionslisten** laufen die Mails von jeder zu jedem. Alle, die eine Diskussionsliste abonniert haben, können Mails an die Liste schreiben, und diese Mails erreichen auch alle AbonnentInnen. Manche Diskussionslisten sind moderiert, manche nicht. Bei moderierten Mailinglisten entscheidet ein Moderator oder eine Moderatorin bei jeder Mail, ob sie thematisch auf diese Liste gehört oder nicht. Diese Moderation wird sehr unterschiedlich gehandhabt; auf manchen Mailinglisten ist viel „Listenfremdes“ zu finden, auf manchen weniger.

Wie trage ich mich in die Mailinglisten ein?

Auf der Internetseite http://www.attac.de/mailing.php finden sich alle aktuellen Attac-Mailinglisten inklusive einer Kurzbeschreibung, und dort kann mensch sich auch direkt eintragen. Unter http://www.attac.de/regmailing.php finden sich außerdem regionale Mailinglisten und Mailinglisten der Uni-Gruppen.



Mit wenigen Klicks ins virtuelle Attac-Netzwerk

Wie trage ich mich aus den Mailinglisten aus?

Wer sich aus einer Mailingliste austragen möchte, muss in der Regel nur dem Link zum Austragen am Ende jeder Mail der Listen folgen. Sollte es dennoch nicht klappen mit dem ein- , aus- oder umtragen, dann erreicht eine Mail an [listenname]-owner@listen.attac.de den AdministratorIn der Liste. Auch auf der Attac-Homepage kann man sich austragen unter http://www.attac.de/mailing.php (am Ende der Seite).

Welche Mailingliste soll ich abonnieren?

Eine Empfehlung, welche Mailingliste abonniert werden sollte, um alles Wichtige mitzubekommen, ist natürlich interessenabhängig. Attac-D-Info sollte jedoch immer abonniert werden; dort wird im Durchschnitt ein Mal pro Woche das Wichtigste aus Attac-D zusammengefasst. Wer alle Pressemitteilungen erhalten will, abonniert Attac-D-Presse. Wer sich darüber hinaus noch für bestimmte Themen (Genugfüralle, WTO und vieles mehr) interessiert oder auch allgemein auf Bundesebene diskutieren möchte, kann dieses „Standard-Programm“ noch ergänzen - es wird allerdings empfohlen, nicht mehr als zwei Listen zusätzlich zu abonnieren, um nicht in der Informationsflut unterzugehen.

Für Aktive in Attac-Gruppen ist es unumgänglich, dass sie die Mailingliste ihrer Gruppe abonnieren - so es eine gibt. Außerdem sollte/n mindestens eine, besser zwei Personen pro regionaler Gruppe die Attac-Gruppen-Infoliste abonnieren; über diese Liste werden wöchentlich die wichtigsten Informationen für Attac-Gruppen weitergegeben. Gruppen untereinander tauschen sich auf der Gruppen-Liste aus.

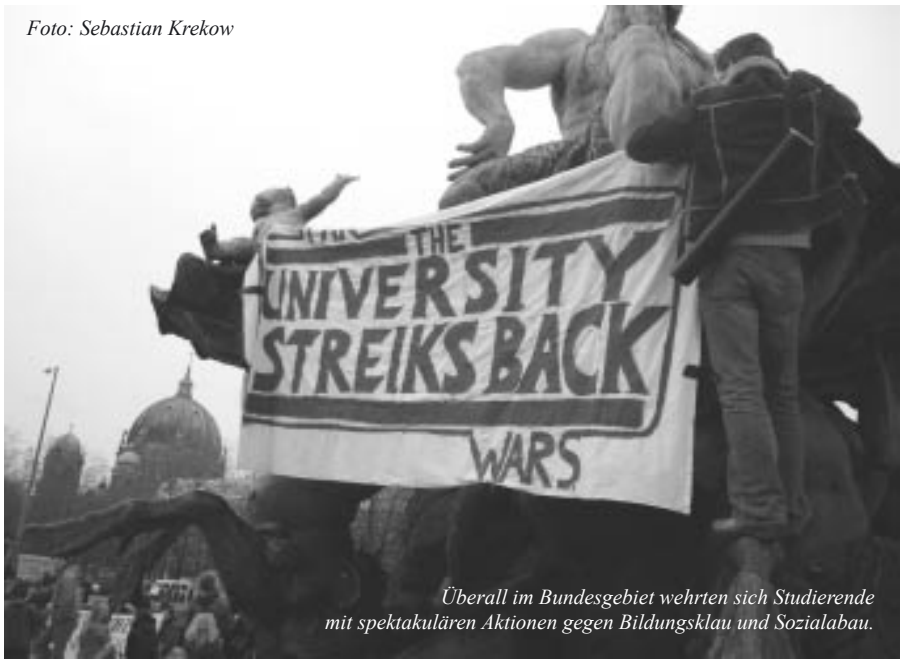
Also: Ran an die Netz-Infos!

Jule Axmann

... und zwar umsonst!

Zum Beispiel: Die Studierenden-Proteste in Berlin 2003/04

Foto: Sebastian Krekow



Überall im Bundesgebiet wehrten sich Studierende mit spektakulären Aktionen gegen Bildungsklau und Sozialabau.

Im Oktober 2003 traten die Studierenden der Technischen Universität Berlin - wie an vielen anderen Orten in Deutschland auch - zum Erstaunen der Öffentlichkeit in den Streik. Ihre Forderungen: Ausfinanzierung von 135.000 Studienplätzen in Berlin, Studium ohne Studiengebühren, viertelparitätische Gremienstruktur in der akademischen Selbstverwaltung.

Was war passiert?

Der Rot-Rote Senat war dabei ein Kürzungspaket zu beschließen, dass neben Kita-Kürzungen, Sozialticket-Streichung, dem Einstampfen von Jugend- und Frauenprojekten auch Kürzungen für die Universitäten Berlins in Höhe von 75 Million Euro bis 2007/2009 vorsahen. Die ohnehin dramatische Situation an den Hochschulen wie überfüllte Seminare, flächendeckende hohe NCs oder drohende Studiengebühren schien sich damit zu einem Horrorszenario auszuweiten.

Unmittelbar nach dem ESF in Paris waren daher auch die Humboldt-Universität und schließlich die Freie Universität in den Streik getreten. Zu den Vollversammlungen strömten erstmals seit 1997 wieder 3000 bis 4000 Studierende. Es schien, als hätte sich die seit Monaten angestaute Unzufriedenheit zu Wut gesteigert und schließlich zu Protest gewandelt. Der Streikbeginn wirkte wie ein kreativer Befreiungsschlag und zerschlug die Anonymität des Massen-Uni-Alltags. Die Ereignisse überschlugen sich: An den Unis gründeten sich zahllose Streik-AGs, einzelne Institute oder ganze Hauptgebäude wurden besetzt und der reguläre Betrieb verhindert. Durch die Besetzungen eroberten wir uns Räume zurück. Räume für Diskussionsveranstaltungen, für Aktionsvorbereitungen, für Workshops und unzählige alternative Seminare.

„Raus aus dem Studi-Ghetto!“ hieß es und Woche für Woche gingen 20.000 und mehr Studierende durch die Berliner Straßen und verschafften ihrem Protest Gehör. Die Demonstrationen mündeten regelmäßig in unkontrollierten, spontanen Massenaktionen. In ihrer Erscheinung praktizierten diese Aktionen eine „school of anti-governance“, eine Art Gegenmodell zur gerade eröffneten „school of governance“ der Hertie-Stiftung und Co. Führungslos, planlos, aber entschlossen blockierten wir Kreuzungen, besuchten das Außenministerium, das Rote Rathaus und die Berliner Bankgesellschaft.

In den vielen neu entstandenen Aktionsgruppen sammelten sich die AktivistInnen. In kürzester Zeit wurden die Büros des Kultur- und des Finanzsenators, die PDS-Bundeszentrale, das Willy-Brandt-Haus, der Bertelsmannkonzern als Träger des „Centrums für Hochschulentwicklung (CHE)“ und die Berliner Bank besetzt und der Bundes-Arbeitgebertag sowie der PDS-Landesparteitag gestört.

In der Bedingungslosigkeit der ungehorsamen Aktionsformen äußerte sich die zunehmend grundsätzliche Kritik an der herrschenden Politik. Die anfangs schnell wachsenden AGs des Zivilen Ungehorsams wie beispielsweise die AG „Denken und Handeln“ sammelten all jene, die mit ihrem Körper, ihrer Ganzheit den Sachzwängen, der Alternativlosigkeit, der Utopiefeindlichkeit und dem Kürzungswahn entgegentraten.

Lobbyismus vs. Solidarität

Die in den Demos zum Ausdruck gekommende Geschlossenheit in Bildungsfragen löste sich bei näherer Betrachtung in die Vielseitigkeit und den üblichen politischen Pluralismus der modernen Protestbewegungen auf. So bildeten sich Aktions-Kerne, die in ihrer politischen Ausrichtung weitergingen, die Staat, Nation, kapitalistische Verwertungslogik und nicht nur elitäre Hochschulbildung grundsätzlich in Frage stellten. Der ganze Streik war geprägt von einer undogmatischen Spannung zwischen „Bildung für alle und zwar Umsonst!“, „Wir sind hier und wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut!“ und auf der anderen Seite „Alles für alle und zwar umsonst“ und „Wir sind hier und wir sind laut, weil man uns sozial abbaut“. Begreifen wir uns als InteressenvertreterInnen, unseren Protest als bildungspolitischen „Lobbyismus“ oder sind wir Teil des umfassenden sozialen Protestes, der mit dem 1.11. in der Bundesrepublik begonnen hatte? Diese Auseinandersetzung wurde lebhaft und ständig geführt, mündete aber erstaunlicherweise nicht in Verhärtungen, Brüchen und Sektiererei.

Die Besetzung der *taz* am 16.12. ist dafür ein deutliches Beispiel. Sowohl das Ziel der Besetzung einer ehemals linken Tageszeitung als auch die veröffentlichten antikapitalistischen Inhalte führten zu lebhaften Kontroversen unter den Studierenden.

Die radikaleren AkteurInnen dieses Streiks organisierten sich, ohne Organisationen zu bilden oder führten Aktionen ohne umfassende inhaltliche und oft spaltende Auseinandersetzungen durch. Die AktivistInnen brachten die Bereitschaft mit, ihre eigene politische Sensibilität denen anderer AktivistInnen unterzuordnen, ohne dabei ihre Meinungen und Einstellungen zu verstecken. Keine Organisation, keine Person hatte sich als Führung oder treibende Kraft hervortun können, ein straff organisierter SDS entsprach nicht dem Selbstverständnis dieser Protestbewegung. Governance war unerwünscht.

Was waren die Probleme?

Der gesamtgesellschaftliche Anspruch war in der Praxis nicht Konsens aller Streikenden, zeigte aber das permanente inhaltliche Bemühen vieler um eine Ausweitung des Protestes. Die gemeinsame Demo am 13.12. bildete wohl den Höhepunkt dieser Bemühungen. Zum ersten und einzigen Mal waren große Teile der Demonstrierenden eben keine Studierenden, waren die Forderungen mehrheitlich geprägt von sozialem Protest. Dennoch ist es der Studierenden-Bewegung auch in diesem Streik nicht gelungen, dauerhaft ihren Protest mit den anderen sozial Bewegten Berlins, den Betroffenen der Rot-Roten Politik neoliberalen Stils, zu vereinigen.

Ein Grund dafür war sicher, dass die Massenmedien es von Anfang an darauf abgesehen hatten, unseren Protest auf bildungspolitische Themen einzuengen. Die Schwarzfahraktion, bei der hunderte Studierende aufgefordert waren, „schwarz“ zu fahren, um so KontrolleurInnen von der Arbeit abzuhalten, wurde öffentlich marginalisiert. Viele Studierende nahmen an dieser Aktion teil und unterstützten so uneigennützig die Wiedereinführung des Sozialtickets. Auch als die IG-Metall in den Warnstreik trat, beteiligten sich 200 Studierende an der Auftaktkundgebung vor dem Daimler/Chrysler-Werk in Berlin-Marienfelde. Dennoch schien der Funke sozialer Proteste nicht auf die Mehrheit der bewegten Studierendenschaft überspringen zu wollen.

Nach Weihnachten ebbten die Proteste ab. Die Demonstrationen wurden kleiner, die Aktions-Frequenz ging zurück und die Stimmung an den Unis kippte. Der Lehrbetrieb kehrte wieder in die eroberten Räume ein, der normale Uni-Alltag nahm seinen Lauf...

Neben dem schwächenden Einfluss der Weihnachtsferien waren gerade diejenigen enttäuscht, die von schnellen realpolitischen Erfolgen ausgegangen waren, die erwarteten, dass die 75- Millionen-Kürzung zurückgenommen würde.

Ganz praktische Probleme in der Kommunikation und der Koordination zwischen den Universitäten und den Arbeitsgruppen schwächten den Protest zusätzlich. Hier fehlten schlichtweg Erfahrungen im Umgang mit weniger hierarchischen Strukturen.

Schließlich erstarkte der Leistungsdruck, Scheine wollten gemacht, Klausuren geschrieben und Hausarbeiten verfasst werden. Die Studierenden kehrten zurück zur Normalität...

Was bleibt, was wird?

Die vielgliedrige Vernetzung der AkteurInnen, das Sich-Kennen-Lernen, die gemeinsame Entfaltung von Kreativität, das Wir-probieren-einfach-aus-und-tun (Denken und Handeln) hat für einen langen Zeitraum die Anonymität der Massenuniversität gesprengt. Die Studierenden meldeten sich als kollektiver politischer Akteur zurück. Der Streik repolitisierte den universitären Raum.

Qualitativ neu war das große Potenzial für Aktionen des zivilen Ungehorsams. Schon lange nicht mehr hatten sich so viele an spektakulären, illegalen und kreativen Aktionen beteiligt. Selten hatten so viele aktiv Parlamente blockiert und somit die repräsentative Demokratie auch grundsätzlich in Frage gestellt. Viele hatten in der Praxis des Ungehorsams ein Ausdrucksmittel gefunden, um ihren inneren Bruch mit Uni-Alltag, Politik und Kapitalismus deutlich zu machen.

Was in den Wochen des Streiks an Lernprozessen durch gemeinsame Erfahrungen, durch Lesekreise, Workshops und Seminare für uns erlebbar wurde, ist unermesslich. Der starre Uni-Alltag kam in Bewegung. Was bleibt, ist die Erkenntnis, dass der universitäre Raum, unser Leben und unser Tun grundsätzlich veränderbar sind.

Max Bitzer, Lukas Engelmann

Streikende Universitäten im Wintersemester 2003/04

Rückblende

globale03 – Das globalisierungskritische Filmfestival

Foto: globale 03

„Scharf hinschauen und nicht wackeln... globale03 - Be more than a spectator...“

Der Zeitpunkt hätte günstiger kaum sein können: Hoffnung nach der Demonstration vom 01.11., dass der Unmut gegenüber dem neoliberal inspirierten Sozialabbau stärker ist als geahnt, Berlin ist noch immer komplett Pleite und die StudentInnen der drei Berliner Universitäten befinden sich in einem Streik, dessen ungehorsame Aktionen eine neue Protestqualität andeuten. Der perfekten Hintergrund für die globale03 - das globalisierungskritische Filmfestival, das vom 4.12. bis 10.12.03 in den beiden Off-Kinos Eiszeit und ACUD stattfand.

Gezeigt wurden über 60 Dokumentarfilme, Clips, Shorts und Spots, die von der Veranstaltergruppe - zusammengesetzt aus Attac-Aktiven, den BetreiberInnen der beiden Kinos, Stipendiaten der Hans-Böckler-Stiftung und weiteren filminteressierten BerlinerInnen - in einem sechsmonatigen Sichtungsprozess ausgewählt wurden. Gegliedert war das Programm in acht Themenbereiche: internationalisierte Produktion u. Arbeit, Frauen und Globalisierung, Privatisierung/ Ökonomisierung, IWF/ Weltbank/ WTO, Krieg, Argentinien, Migration und globalisierungskritische Bewegung(en). Einen zusätzlichen Programmblock bot das Projekt laborB* an, das sich der Schnittstelle zwischen Medien- und Gewerkschaftsaktivismus widmet (www.laborb.net).

Die Dynamik der globale03 und der Zuspruch, den es erfuhr, erklärt sich nicht zuletzt durch die Berliner Proteste gegen „Bildungsraub“. Es gab eine enge Koppelung zwischen der streikenden Studierendenschaft und dem Festival. Das Publikum bestand zu einem großen Teil aus Studierenden im Ausstand, die nach Streikaktivitäten und Demos abends in die Kinos strömten. Mundpropaganda unter den streikenden Studis war die beste Werbung für das Filmfestival. Die globale03 surfte auf der Polit-Welle des Streiks und konnte somit zu einer globalisierungskritischen Intervention in eine der aktuellen sozialen Auseinandersetzungen werden. Insgesamt kamen 3.200 Zuschauer.

Wurde in den 60er und 70er Jahren das Kino noch als explizit politischer Ort wahrgenommen und genutzt, so dominiert seitdem Popcorn-Kino unangefochten in Kommerztempeln, die als rote Zahlen schreibende Abschreibungsprojekte den Programm-Kinos das Leben schwer bzw. oft unmöglich machen. Der große Publikumserfolg der globale03 hat gezeigt, dass es ein Bedürfnis nach politischen Filmen und Raum für ein globalisierungskritisches Filmfestival gibt. In zwanzig Diskussionsrunden mit FilmemacherInnen und ExpertInnen wurden die Filme diskutiert oder als Ausgangspunkte für weiterführende Debatten genutzt. Neben der Auseinandersetzung mit Filminhalten ging es auch um Fragen ihrer Repräsentation und der (Selbst-)Repräsentation der Akteure in globalisierungskritischen Kämpfen: Wie wollen wir unsere Themen medial aufbereitet wissen? Und wie können (audiovisuelle) Geschichten über unser politisches Handeln erzählt werden?

Mit diesem Auftakt der globale03 wurde die breite Themenpalette der globalisierungskritischen Bewegungen aufgegriffen. Die globale04 wird sich noch intensiver den obigen Fragen widmen und gleichzeitig die politisch-ökonomischen Bedingungen von Filmproduktion und Medienmacht stärker in den Fokus rücken müssen.

Alexis Passadakis, Attac Berlin

Weltmarkt und Film

Dieses Filmfestival war die zweite globalisierungskritische Attac-Intervention in den cinematographischen Raum. Im Verlauf der GATS-Kampagne hatten Studierende der Universität d. Künste/Berlin einen Spot über die Bedrohung der öffentlichen Filmförderung durch das GATS produziert (www.attac.de/gats/spot). Gezeigt wurde dieser in 40 deutschen u. österreichischen Kinos, auf Festivals sowie während der globale03. Das Thema audiovisuelle Medien als „ökonomische Güter“ konnte so zumindest angerissen werden.

Tatsächlich sind die von den USA geforderten Liberalisierungen im AV-Sektor immer wieder ein Stolperstein in der WTO. Im Jahr 1993 drohte die Uruguay-Runde zu scheitern: Der damalige US-Handelsbeauftragte Mickey Kantor forderte die Beseitigung sämtlicher Handelsschranken für audiovisuelle Medien, seien dies Film-, Fernseh-, Radio-, Musik- oder Videoproduktionen. Jegliche öffentliche Unterstützung im audiovisuellen Bereich – z.B. öffentliche Filmförderung – hätte fallen sollen.

Dieser US-amerikanische Vorstoß ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass audiovisuelle Produkte den zweitgrößten Posten bei US-Exporten ausmachen. Circa 85% aller weltweit ausgestrahlten Filme werden in Hollywood produziert. Die AV-Industrie an der Ostküste wird von transnationalem Kapital gefüttert. Darunter sind insbesondere auch Gelder deutscher Fonds. Die Identifizierung von Hollywood mit „US-amerikanisch“ ist damit durchaus problematisch. Richtig ist aber, dass diese transnationale Industrie alle Möglichkeiten nutzt, ihre Interessen mit Hilfe der US-Administration zu artikulieren.

Insbesondere Kanada und Frankreich leisteten Widerstand, konnten sich aber mit ihrer Forderung einer „Kulturellen Ausnahmeklausel“ nicht durchsetzen. Nach einem Kompromiss wurde der AV-Sektor zwar in das GATS aufgenommen, die EU übernahm jedoch keine Liberalisierungsverpflichtungen. Trotz der „erfolgreich gescheiterten“ WTO-Ministertagung in Cancun steht der Sektor „Audiovisuelle Medien“ mittelfristig erneut unter Liberalisierungsdruck.

Regionalkonferenzen gestartet!

Attac-Projekt „Alternative Weltwirtschaftsordnung“

Mit der Frankfurter Erklärung „Die Welt ist keine Ware - eine andere Welt ist möglich!“ von Mai 2002 hat Attac das Forderungsspektrum des Netzwerks erheblich ausgeweitet, u.a. auf Fragen des Welthandels, von Globalisierung und Krieg, aber auch auf Probleme des Sozialabbaus und anhaltender Massenerwerbslosigkeit hier in Deutschland. Umfassend wurde die Forderung nach einer neuen, „ökologischen und solidarischen Weltwirtschaftsordnung“ erhoben. Mittlerweile hat Attac erkannt, dass es nicht reicht, gebetsmühlenhaft die Möglichkeit einer Alternative zur neoliberalen Globalisierung zu postulieren, ohne diese zumindest in Eckpunkten präzisieren zu können. So beschloss der Attac-Ratschlag im Januar 2003 in Göttingen, ein Positionenpapier „Für eine ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung“ zu erarbeiten; der Attac-Ratschlag in Aachen im Oktober 2003 bekräftigte dieses Projekt mit der Zielsetzung, „dass auf dem Herbstratschlag 2004 eine Meinungsbildung/Verabschiedung erfolgen kann“. Auch nach seiner - hoffentlichen - Verabschiedung soll das “Positionenpapier” kein statisches Programm sein, vielmehr Zwischenergebnis eines fortdauernden Diskussionsprozesses; ein zündender Name für das Papier wird noch gesucht (evtl. Memorandum, Manifest o.ä.).

Foto: Karsten Hennig

Nach wie vor beliebtes Attac-Motiv ;-)

2. Entwurf der AG AWWO als Diskussionsgrundlage

Eine spezielle Projektgruppe AWWO (Alternative Weltwirtschaftsordnung) hat die Aufgabe der Koordination des Arbeitsprozesses übernommen und Anfang März 2004 einen zweiten Entwurf „Wege zu einer Alternativen Weltwirtschaftsordnung“ als Arbeits- und Diskussionsgrundlage vorgelegt (herunterzuladen von der Webseite, s.u.). An der Erstellung des Entwurfs waren zahlreiche Attac-Mitglieder verschiedener „Strömungen“ und Arbeitszusammenhänge beteiligt; bis zum Herbst sind weitere Überarbeitungen des Entwurfs geplant, Änderungsvorschläge erwünscht.

Das „Positionenpapier” beschreibt „Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung”. Es gibt nämlich nicht den einen Königsweg, sondern zur Vielfalt der globalisierungskritischen Bewegung und von Attac selbst gehört auch eine Vielfalt von politischen und strategischen Wegen und Ansätzen. Das „Papier” soll dies zum Ausdruck bringen und zugleich einen breiten Diskurs über diese Wege anstoßen. Ausdrücklich will und soll das Positionenpapier kein „Grundsatzpapier“ von Attac sein, das Positionen per Mehrheitsentscheidung festschreibt, wie es von manchen Kritikern und Skeptikern gegenüber dem AWWO-Prozess vorgebracht wird. Vielmehr ist es die Absicht, das zum Ausdruck zu bringen, was allen Gruppierungen und Aktiven bei Attac gemeinsam, was Konsens ist. Genauso werden in dem „Papier” aber auch verbleibende Unterschiede und Differenzen bei Attac hinsichtlich der Zielbestimmung und der Wege zum Ziel deutlich gemacht.

Publikationen, Workshops und Seminare

Der AWWO-Diskussionsprozess bei Attac ist mittlerweile in Gang gekommen und gewinnt zunehmend an Fahrt:

- mit dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac. Aus dieser Diskussion geht ein Buch „Alternative Weltwirtschaftsordnung“ hervor, das im Frühjahr 2004 im VSA-Verlag erscheinen wird.

- in Workshops und Seminaren beim McPlanet.com-Kongress im Juni 2003 in Berlin und auf der Attac-Sommerakademie im August 2003 in Münster

- in etlichen Lokalgruppen von Attac sind Untergruppen dabei, speziell zu diesem Thema zu arbeiten. Die Diskussion des Entwurfs findet auch auf einem speziellen Webforum statt.

2004: Regionalkonferenzen geplant

Mitte März beginnt eine Serie von vier Regionalkonferenzen zur Diskussion des AWWO-Papiers in Tübingen (für Süddeutschland; u.a. ein Streitgespräch mit Ernst Ulrich von Weizsäcker). Weitere Konferenzen folgen vermutlich im Juni in Hannover (Norddeutschland), im Juli im Ruhrgebiet (Westdeutschland) und im August im Rahmen der Attac-Sommerakademie in Dresden (Ostdeutschland und alle weiteren Interessierten). Einige Attac-Gruppen haben schon öffentliche - auch kontrovers angelegte - lokale Diskussionsveranstaltungen zur AWWO-Thematik durchgeführt. ReferentInnen dafür können auf der Webseite abgefragt werden.

Informationen zum AWWO-Diskussionsprozess: www.attac.de/awwo

Markus Göker, Eberhard Schlecht Oliver Schmidt, Eckhard Stratmann-Mertens

Sommerakademie 30.7-5.8 in Dresden:

Widerstand bilden - Alternativen Entwickeln

Foto: Karsten Hennig

„Was haben IWF, Weltbank und WTO mit unserem Leben zu tun...?“

Die dritte Attac Sommerakademie im Dreiländereck zwischen Nord- Süd Gefälle, Sozialabbau und EU-Osterweiterung

Auch 2004 wird es sie wieder geben: die Attac Sommerakademie. Nach Marburg und Münster zieht sie gen Osten. Seit November 2003 bemühen sich Aktivisten in der wohl konservativsten Landeshauptstadt der neuen Länder, das hohe Niveau der vergangenen Jahre zu halten und eine vertraute Akademie mit eigenem Charakter zu organisieren.

„Widerstand bilden - Alternativen entwickeln“ lautet das Motto. Attac hat sich als Sammelbecken fundierter Kritik an plan-, ziel- und phantasieloser Realpolitik etabliert. Langsam werden die Rufe nach realisierbaren Alternativen lauter. Diesem Anspruch möchte sich die Dresdner Akademie, auf drei thematische Achsen konzentriert, stellen: Entwicklung der Kluft zwischen Nord und Süd, Alternativen zum Sozialabbau sowie die EU-Osterweiterung als Gefahr und Chance. Wir versuchen quer zu denken, Paradoxien und konträre Positionen zu zeigen.

Auch die seit langem behandelten Fragen rund um die Globalisierung finden ihren Raum. Damit werden alle, die vom 30. Juli bis 5. August nach Dresden kommen, eine Vielzahl interessanter Angebote finden.

In der Stadt - mit der Stadt soll ein weiterer, neuer Akzent der Akademie sein. Die Stadt und ihre Bewohner sollen uns stärker wahrnehmen, und wir wollen ihnen mehr Möglichkeiten der Teilnahme bieten.

Außerdem werden wir uns intensiv mit der Frage auseinandersetzen, wie sich Attac weiter entwickeln kann, soll und darf. Was können wir aus den Erfahrungen der bisherigen sozialen Bewegungen lernen, welche Gefahren gibt es, welche Chancen?

All das ist natürlich in den bewährten Mix aus Seminaren, Workshops, Kultur- und Podiumsveranstaltungen eingebunden.

Zur Finanzierung dieses umfangreichen Angebotes ist wie im vergangenen Jahr ein Teilnahmebeitrag unerlässlich. Für Unterbringung und Verpflegung wird selbstverständlich gesorgt.

Genauere Informationen über das Programm und die Möglichkeit zur Anmeldung findet Ihr voraussichtlich ab April unter: **www.attac.de/sommerakademie/.**

Wir freuen uns auf Euch!

Karsten Bretschneider
Attac Dresden
Sommerakademie-Vorbereitung

Attac-Theaterfestival vom 22.-26.9. in Halle

Weil Theater stärker ist als bloße Worte

Suchend nach neuen Aktionsformen und Ideen kamen bei der Sommerakademie in Münster ein Dutzend Attacies und solche, die es werden sollten, beim Straßentheaterworkshop zusammen. Daraus entstand die Idee, mit der geballten Energie des Straßentheaters mit einigen hundert theaterbegeisterten Attacies eine Stadt zu beleben. Die Stadt, die wir uns dafür auserkoren haben, liegt im tiefen Osten: Halle an der Saale.

Dort soll ein Festival stattfinden, auf dem improvisiert wird, ein Treffpunkt, wo man einander Impulse gibt, dazulernt und sich austobt, ein internationales Festival des globalisierungskritischen Theaters.

Eingeladen sind sowohl professionelle Schauspieler als auch absolute Neulinge - denn aus dieser Mischung soll die Kraft entstehen, die Mut macht, auf der Straße eine andere Welt zu formen.

Fotos: Gitti Götz

Berliner Compagnie führt Hotel „Justice“ auf

Ihr seid eingeladen, in 4tägigen Workshops und einzelnen 90minütigen „Seminaren“ Formen des politischen Theaters auszuprobieren und in einen aktiven Erfahrungsaustausch mit den anderen Akteuren zu treten. Freut euch auf eine Woche mit Camp in Attac-Manier und einer Menge neuer Ideen.

Eine andere Welt ist möglich – machen wir sie sichtbar!!!

Wir suchen noch Referenten bzw. Moderatoren. Bei Interesse oder sonstigen Fragen mailt bitte an: theaterfestival@attac.de

web: www.attac.de/halle/theaterfestival

Bastian Fritz

AttacBasisTexte

Passend zu den Themen dieser Rundbrief-Ausgabe sind im VSA-Verlag in der Reihe AttacBasisTexte drei weitere Bände erschienen. Sie sind über den Attac-Materialversand online über die Website oder über das Attac-Bundesbüro erhältlich.

Europa: lieber sozial als neoliberal

Anne Karrass / Ingo Schmidt u.a.

96 Seiten (2004), EUR 6.50
ISBN 3-89965-071-9

Steueroasen trockenlegen!

Die verborgenen Billionen für Entwicklung und soziale Gerechtigkeit heranziehen

Sven Giegold

96 Seiten (2003), EUR 6.50
ISBN 3-89965-003-4

Öffentliche Finanzen gerecht gestalten!

Jörg Huffschmid / Dieter Eißel u.a.

96 Seiten (2004), EUR 6.50,
ISBN 3-89965-070-0

Probleme beim Mitgliedwerden, Spenden, Info-Paket-Bestellen

Bitte um Mithilfe:

Immer wieder hören wir von einzelnen Personen, die versucht haben, bei uns Mitglied zu werden, ein Infopaket zu bestellen, Geld einziehen zu lassen oder zu spenden und bei denen es nicht richtig geklappt hat. Das heißt, entweder haben sie keine Rückmeldung erhalten oder es wurde kein Geld abgebucht o.a.

Ist es Ihnen/Euch auch selbst so gegangen oder kennen Sie/kennt Ihr Personen, bei denen es so war? Wir freuen uns auf viele konkrete Berichte. Wir wollen diesen Fällen auf den Grund gehen.

Bitte melden Sie sich:
Email: beschwerde@attac.de
Internet: www.attac.de/kontakt.php
Tel. 069/900281-11 * Fax.: Tel. 069/900281-99

Impressum:

Attac Deutschland & Share e.V., Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt
Tel.: 069 / 900 281-10, Fax: 069 / 900 281-99
eMail: info@attac.de, http://www.attac.de

Produktion: Share e.V. / Attac
Redaktion: Lena Bröckl, Werner Rätz, Gabriele Rohmann, Mark Peter Wege,

V.i.S.d.P.: Gabriele Rohmann
Layout: Mark Peter Wege

Es spart uns Zeit und Geld, wenn wir eine Einzugsermächtigung ausgestellt bekommen. Sie ist jederzeit widerrufbar.

Bitte mit 0,45 € freimachen

Antwort

Attac Bundesbüro
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt/M.

oder beide Seiten per Fax: 069/900 281-99

AbsenderIn:

Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
E-Mail: _____
Tel.: _____

☐ Ich bin damit einverstanden, dass Attac meinen erhöhten Mitgliedsbeitrag/meine Spende (unzutreffendes bitte streichen!) von meinem Konto abbucht:

Konto-InhaberIn: _____
Kto.-Nr.: _____
BLZ: _____
Kreditinstitut: _____
Datum/Unterschrift: _____

Bitte mit 0,45 € freimachen

Antwort

Attac Bundesbüro
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt/M.

oder beide Seiten per Fax: 069/900 281-99

Rbf0401-I

AbsenderIn:

Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
E-Mail: _____
Tel.: _____
Fax: _____

☐ Ich bin damit einverstanden, dass Attac den Rechnungsbetrag zzgl. Versandkosten von meinem Konto abbucht:

Konto-Inhaberln: _____
Kto.-Nr.: _____
BLZ: _____
Kreditinstitut: _____
Datum/Unterschrift: _____

Mitglied werden auch im Internet:
https://www.attac-netzwerk.de/mitmachen/mitglied.php
Materialien per Internet bestellen:
https://www.attac-netzwerk.de/material/index.php

Eine andere Welt möglich machen!

Spenden

Rbf0401-S

❑ Ja, ich möchte für Attac spenden! Ich bin damit einverstanden, dass Attac meine einmalige / monatliche / jährliche Spende in Höhe von _____€ von meinem Konto abbucht (Unzutreffendes bitte streichen!).
Bankverbindung bitte auf der Rückseite eintragen; Einzugsermächtigungen sind jederzeit widerrufbar und sparen Zeit und Geld!

Mitgliedsbeitrag erhöhen

❑ Ja, ich erhöhe meinen Mitgliedsbeitrag von bisher _____€ auf _____€ monatlich / jährlich (Unzutreffendes bitte streichen). Ich bin damit einverstanden, dass Attac diesen Betrag von meinem Konto abbucht.
Bankverbindung bitte auf der Rückseite eintragen; Einzugsermächtigungen sind jederzeit widerrufbar und sparen Zeit und Geld!

Das neue Mitglied

Rbf0401-M

❑ Ja, ich möchte Mitglied bei Attac werden!
Der Mitgliedsbeitrag für Einzelpersonen beträgt 60 €/Jahr (ermäßigt 15 €) oder gerne auch mehr.

Name: _____ Tel.: _____
Str./Nr.: _____ Fax: _____
PLZ/Ort: _____ E-Mail: _____

❑Ich bin damit einverstanden, dass Attac jährlich/monatlich meinen Mitgliedsbeitrag in Höhe von jeweils _____€ von meinem Konto (Kto.-Nr._____, BLZ _____, Bank_____) abbucht.
(Unzutreffendes bitte streichen!)

Datum/Unterschrift:_____

attac

Hier: Neues Mitglied werben, Mitgliedsbeitragerhöhen oder spenden!

Mobilisierungsmaterial zum 3.4. bestellen!

Ausführliche Bestellliste unter www.attac.de/material
Telefonische Bestellungen: 069-900 281-10

___ St. **Mobilisierungsplakat** „Attaction“ (1440) (0,10 €)*
___ St. **Attac-Aufruf** (1441) (kostenlos)
___ St. **Aufkleber** „denkt um die ecke - es ist genug für alle da“ klein (1348a) (0,05 €)*
___ St. **Aufkleber** „denkt um die ecke - es ist genug für alle da“ mittel (1348b) (0,05 €)*
___ St. **Aufkleber** „denkt um die ecke - es ist genug für alle da“ groß (1348c) (0,05 €)*
___ St. **Plakat** „Mehr Jobs“ (1389) (0,10 €)*
___ St. **Plakat** „Steuern verschenken“ (1390) (0,10 €)*
___ St. **Postkarte** „Mehr Jobs“ (1350) (0,05 €)*
___ St. **Postkarte** „Steuern verschenken“ (1351) (0,05 €)*
___ St. **Postkarte** „Bildung vördern“ (1352) (0,05 €)*
___ St. **Postkarte** „Zwanzig Zähn“ (1353) (0,05 €)*

Attac-Flugblätter zum Thema (alle 0,10 €)*:
___ St. „Genug für alle. Globalisierung und Sozialabbau“ (1330)
___ St. „Bürgerversicherung“ (1401)
___ St. „Gesundheit – Rente – Arbeitslosigkeit. Privatisierung der sozialen Sicherung“ (1405)
___ St. „Altern ist kein Übel. Keine Extraprofite für private Rentenversicherer“ (1406)

** Diese Materialien geben wir auch kostenlos ab. Wir bitten aber um Bezahlung etwas über den Selbstkosten. Versandkosten müssen in jedem Fall bezahlt werden.*

Alle Preise verstehen sich zzgl. Versandkosten.

attac

Hier: Material zur Mobilisierung zum 3.4. bestellen!

Umgezogen? Adresse falsch? Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler unter 069/ 900 281-10 oder per E-mail an info@attac.de mit. Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen.
Die Post sendet auch bei Nachsendeauftrag Rundbriefe nicht nach!

Attac-Bundesbüro - Münchener Str. 48 - 60329 Frankfurt / M.

Termine

20.03. Aktionstage gegen Krieg und Besatzung

20.3. Frankfurt/Main: Treffen der bundesweiten AG Weltwirtschaft und WTO

22.-28.03. Könnern bei Halle: Attac-Campus-Treffen

2./3.4. Europaweite Aktionstage von sozialen Bewegungen und Gewerkschaften gegen Sozialabbau. Großdemos in Berlin, Köln und Stuttgart

7.-9.5. Essen: Attac-Ratschlag

14.-16.5. Berlin: Gemeinsamer bundesweiter Perspektivenkongress von ver.di, Attac u.a.

19.-23.5. Marburg: Bundesweite Attac-Aktionsakademie

4.-6.6. Berlin: Attac-Open-Space Konferenz EU von unten

30.7-5.8. Dresden: Attac-Sommerakademie

22-26.9. Halle/Saale: Attac-Theaterfestival

15.-17.10. Hamburg: Attac-Ratschlag

Herbst 04. London: Europäisches Sozialforum

Einladung zum nächsten Ratschlag vom 7. bis 9. Mai 2004 in Essen

Wir laden alle herzlich dazu ein, sich an diesem Ratschlag zu beteiligen!

Nähere Infos dazu über die AnsprechpartnerInnen vor Ort oder im Internet unter www.attac.de/ratschlag

Demnächst im S. Fischer Verlag:

Alles über Attac

Attac - eine Bewegung im Aufbruch.

Das Attac- Netzwerk verbindet Menschen und Organisationen, die für soziale und ökologische Gerechtigkeit im Globalisierungsprozess streiten. Immer mehr Menschen schließen sich den weltweit 90.000 Mitgliedern an. Attac zeigt uns die Wege des erfolgreichen Engagements für eine andere Welt.

»Eine andere Welt ist möglich!«